

HausTicker



Vom Ehren- ins Hauptamt. Jakob Immer (29) ist seit Mitte Juni 2011 neuer Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Landesjugendringes Hamburg. Mit einer 40-%-Stelle ist er als Bildungsreferent angestellt und kümmert sich gemeinsam mit Maren Riepe um den Bereich der Alternativen Stadtrundfahrten. Der zweite Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Recherche und Konzeptionierung für eine mögliche Trägerschaft für das Freiwillige Soziale Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst beim Landesjugendring. Daneben unterstützt er die außerschulische Jugendarbeit des LJR. Die Stelle ist bis Ende April 2012 befristet.

Passend zum Landesjugendring hat auch Jakob einen langjährigen Verbandshintergrund. Beim Landes- und Bundesjugendwerk der AWO war er in mehreren Gremien vertreten, organisierte und teamte Ferienfahrten und bot seit 2005 zahlreiche Seminare und Fortbildungen auf Landes- und Bundesebene an. Besondere Schwerpunkte seiner Bildungsarbeit waren Themen wie Pädagogik, Gender, Sozialpolitik, das bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), Kommunikation und weitergehende Konzepte zur Interkulturelle Öffnung wie z.B. Anti-Bias.

Jakob hat Stadtplanung (Bachelor of Science 2007) und Erziehungswissenschaft in Hamburg (Bachelor of Arts voraussichtlich im Herbst 2011) studiert. Sein Studium finanzierte er durch Schulungs- und Verkaufstätigkeiten im IT-Bereich.

Ohne Regen. Das traditionelle Sommerfest des Landesjugendrings erwischte am 27. Juni 2011 einen sonnigen Abend. Auf der vorangegangenen Vollversammlung wurden zwei Beschlüsse erarbeitet. Die Position zu den »Leistungen für Bildung und Teilhabe« im Sozialgesetzbuch findet sich auf der LJR-Website unter www.ljrhh.de/LJR-VV-Bildung-und-Teilhabe.1102. O.html. Die Vereinbarung zur wechselseitigen Anerkennung von Fortbildungsseminaren und zur Einrichtung einer Partnerbörse für Fortbildungsseminare ist dokumentiert unter: www.ljrhh.de/LJR-VV-Fortbildungsseminare.1103. O.html. Die kommende Vollversammlung, auf der turnusgemäß die Wahlen des LJR-Vorstandes anstehen, wurde auf den 17. November 2011 terminiert.

Inhalt

Kommentar

3 Zahlen, Krise und Proteste Sebastian Züge, LJR-Vorsitzender

Titelthema:

Wenn Bildung zur Landschaft wird ... Die Regionalen Bildungskonferenzen in Hamburg, Bildungslandschaften und Perspektiven für Jugendverbände

5 »Regionale Bildungskonferenzen sind ein kleiner Mosaikstein«

Gespräch mit Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Deutsches Jugendinstitut (München), über Bildungslandschaften, Widerstände und Wege zur Realisation

9 »Die Schulen glauben, dass nur sie die wesentlichen Akteure sind …«

Gespräch mit Hans-Peter de Lorent und Hans-Werner Schäfer, Behörde für Schule und Berufsbildung, über die Perspektiven der Regionalen Bildungskonferenzen und die Sorgen der Jugendverbände

- 12 Aufgaben und Ziele der Regionalen Bildungskonferenzen in Hamburg
- 13 Die Regionalen Bildungskonferenzen im Überblick
- 14 Handbuch für Hintergrund und Praxis
 Der Deutsche Bundesjugendring durchleuchtet »Lokale Bildungslandschaften«

Vielfalt! Jugendarbeit

16 Zahlen aus der »Black Box« Ehrenamt Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik veröffentlicht Studie zu Lebenslagen und Engagement von Juleica-Inhaber/innen

Serie: Die WirkungsStätten

17 Alarm mit Lernfaktor
WirkungsStätten im Einsatz: Die Jugendfeuerwehr Nienstedten im Übungseinsatz

20 Alternative Stadtrundfahrten Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers Layout und Gestaltung: Raul Roßmann Photos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de. Auflage: 2.500 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.
Druck: Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Kommentar

Zahlen, Krise und Proteste

Über das Jahr hinweg konnte man in den Nachrichten verfolgen, wie junge Europäer die Straßen und Plätze in ihren Städten besetzten oder revoltierten. In Griechenland, Spanien und zuletzt in Großbritannien protestierten hunderttausende junge Menschen. Die Ausdrucksformen dieses Protestes reichen von konstruktiv friedlich bis destruktiv gewalttätig. So differenziert das Erscheinungsbild auch ist, so ähnlich sind die Ursachen. Motor dieses Protestes ist das Gefühl junger Menschen, ohne Zukunftsperspektive ihr Leben fristen zu müssen. Zahlen belegen diese Desillusionierung. In den europäischen Ländern ist die Jugenderwerbslosenquote nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom Juli 2011 mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Durchschnittlich 20,5 % der jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren sind in der EU vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Besonders dramatisch ist die Lage in Spanien: Mit rund 46 % ist fast jeder zweite junge Spanier ohne Arbeit. In Griechenland lag die Quote zuletzt bei 38,5 %. Auch Portugal und Irland vermelden mit rund 27 % überdurchschnittliche Jugenderwerbslosenzahlen.

Diese Zahlen und die Proteste junger Menschen haben der sogenannten europäischen Schuldenkrise ein Gesicht gegeben. Sie zeigen, dass die Euro-Krise nicht allein ein Währungsproblem oder die Krise der Staatsfinanzen in den Pleiteländern ist, sondern auch dramatische soziale Auswirkungen zeitigt. Und diese treffen junge Menschen meistens zuerst. In Deutschland klopft man sich derweil angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit, die mit 9,1 % geringer ist als in den meisten anderen europäischen Ländern, gegenseitig auf die Schulter. Doch getreu dem Motto »Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast« lohnt sich auch hier ein genauer Blick. Denn nicht jeder Jugendliche, der keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz gefunden hat, ist gleich arbeitslos. Jedenfalls im Sinne der Statistik. Zum Beispiel wird man nur als ausbildungssuchend geführt, wenn man dies gegenüber der Agentur für Arbeit anzeigt. So kommt es zu der interessanten Tatsache, dass die jährliche Gegenüberstellung von Ausbildungsplätzen zu Ausbildungssuchenden auch deshalb so positiv ausfällt, weil in der Statistik weit weniger Jugendliche einen Ausbildungsplatz suchen als die Schule verlassen. Zusätzlich werden viele unversorgte Jugendliche in sogenannten »berufsvorbereitenden Maßnahmen« untergebracht. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen bleiben überschaubar, aber die jungen Menschen sind erstmal aus der Arbeitslosenstatistik heraus.

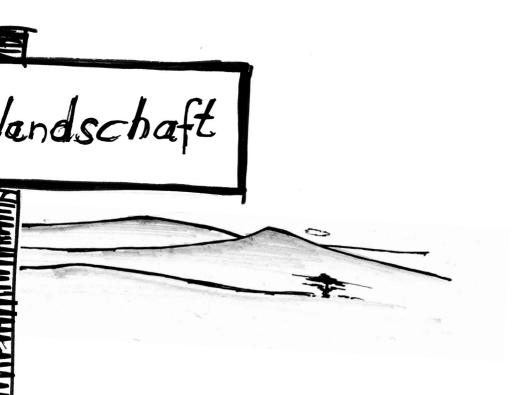
Bei den (potentiellen) Studenten sieht die Lage auch nicht gerade rosig aus. Obwohl die Kanzlerin die Bildung junger Menschen als eines ihrer wichtigsten Themen sieht, schieben sich Bund und Länder gegenseitig den Schwarzen Peter zu, wenn es darum geht, die durch die doppelten Abiturjahrgänge und den Wegfall der Wehrpflicht zusätzlich benötigten Studienplätze zu finanzieren. Wenn ein Schulabgänger dann einen Studienplatz ergattert hat, steht er in einigen Bundesländern vor dem Dilemma, ein Vollzeit-Bachelor/Master-Studium mit einem strengen Zeit-<plan und ein Arbeitsverhältnis zur Begleichung der Studiengebühren in Einklang zu bringen. Wer da keine Eltern hat, die finanziell unterstützen, muss entweder mit wenig Schlaf oder wenigen Sozialkontakten außerhalb von Studium und Arbeit auskommen.

Am Ende der Ausbildung oder des Studiums drohen als »Belohnung« prekäre Arbeitsverhältnisse. Junge Menschen sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt als im Bevölkerungsdurchschnitt und befinden sich zudem zahlreicher in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis. So waren im Jahr 2010 knapp 37 % der jungen Erwerbstätigen in Deutschland atypisch und über 27 % befristet beschäftigt.

Die Lage in Deutschland ist mitnichten so prekär wie in anderen europäischen Ländern, aber auch hier ist die Gemengelage aus ungewisser Zukunft und fehlendem Vertrauen in die Politik bei jungen Menschen vorhanden. Es bedarf folglich mehr als nur warmer Worte, um die Ursachen und nicht die Auswirkungen zu bekämpfen. Zumal die europäische (Schulden-)Krise keineswegs ausgestanden ist, sondern droht, immer mehr Länder anzustecken ...

Sebastian Züge, LJR-Vorsitzender



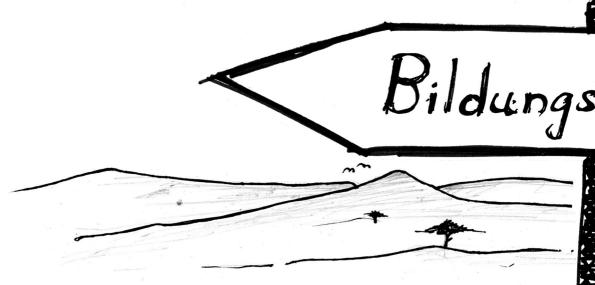


Wozu Bildungskonferenzen in Hamburg?

Aufschlag. Die Regionalen Bildungskonferenzen haben seit April/Mai 2011 ihre Arbeit in den sieben Hamburger Bezirken aufgenommen. Im Herbst starten weitere Konferenzen dann auf regionaler Quartiers- oder Stadtteilebene. Als Ziel dieses Konferenzmarathons beschreibt das Hamburger Schulgesetz die Aufgabe, »ein an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtetes schulisches Bildungs- und Erziehungsangebot in der Region sicherzustellen«. Um dieses Ziel zu erreichen, sind »alle staatlichen Schulen zur Kooperation« mit den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort aufgefordert. Entsprechend treffen sich auf den Regionalen Bildungskonferenzen Schulvertreter auch mit den Trägern der informellen und nonformalen Bildung der jeweiligen Region.

Brisanz. Die vom Senat geforderte Ausrichtung der Bildungsangebote »an den Bedürfnissen der Familien« mag verwundern, schließlich geht es hier in erster Linie um die Weiterentwicklung der Schulen in Hamburg und damit um die Ausgestaltung der Bildung von Schüler/innen. Das könnte auch ehrlicher benannt werden. Doch bildungspolitische Brisanz gewinnen die Konferenzen an der Begegnung zweier Welten. Die schulische Welt ist zur Kooperation mit ihrer Gegenwelt aufgefordert. Sie soll ihre Defizite, die seit langem von Kritiker der formalisierten Schulbildung in den Punkten mangelnde Bildungsgerechtigkeit, schlechte Integrationsleistung und geringe Sozialkompetenz der Schüler/innen beschrieben werden, heilen in der Vernetzung mit nonformalen und informellen Bildungsträgern. Das sind auch Jugendverbände, die eingeladen sind, sich einzubringen.

Perspektive gesucht. Für die Kooperation der Bildungsträger in Hamburg stehen zwei Alternativen zur Wahl: eine schulzentrierte oder eine kooperationsorientierte Entwicklung der Bildungslandschaft. Um diese Wege und insbesondere die Perspektiven der Jugendverbände auszuloten, hat punktum zwei Gespräche geführt. Im Interview mit Heinz-Jürgen Stolz vom Deutschen Jugendinstitut geht es um die grundsätzlichen Optionen und Chancen zur Entwicklung von Bildungslandschaften. Im Gespräch mit Hans-Peter de Lorent und Hans-Werner Schäfer von der Behörde für Schule und Berufsbildung stehen die Perspektiven der Regionalen Bildungskonferenzen in Hamburg und die Sorgen der Jugendverbände im Mittelpunkt. (jg)



»Regionale Bildungskonferenzen sind ein kleiner Mosaikstein«

Gespräch mit Dr. Heinz-Jürgen Stolz, Deutsches Jugendinstitut (München), über Bildungslandschaften, Widerstände und Wege zur Realisation

?: Herr Stolz, der Begriff Bildungslandschaft ist populär geworden. Die Erkenntnis, dass Bildung mehr als Schulbildung ist, scheint Bildungspolitiker dazu bewegen, neben der Schule auch andere Lernorte junger Menschen in den Blick zu nehmen. Was ist unter einer Bildungslandschaft zu verstehen?

Heinz-Jürgen Stolz: Der Begriff Bildungslandschaft steht für kein wissenschaftliches Konzept, sondern ist eine fachpolitische Metapher. Es gibt weder eine klare Definition noch eine klare Unterscheidung, welche Region eine Bildungslandschaft hat bzw. ist und welche nicht. Immer aber geht es dabei um die Vernetzung aller Bildungsanbieter und -institutionen (auch im non-formalen Bereich), um die Erschließung und Verknüpfung eines breiten Spektrums von Lernorten sowie um die Umsetzung eines breiten Bildungsverständnisses unter Einbezug von Persönlichkeitsentwicklung und sozialem Lernen.

Entstanden ist diese Idee als ein Projekt Mitte der 90er Jahre in Nordrhein-Westfalen. Das Land und die Bertelsmann-Stiftung haben damals ein Konzept mit dem Namen »Regionale Bildungslandschaften« entwickelt und durchgeführt. Dieser Ansatz war jedoch noch sehr schulzentriert.

?: Inwiefern schulzentriert?

Stolz: Weil man die Schule zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer regionalen Bildungslandschaft genommen hat. Zunächst wurden im ersten Schritt neue Schulstrukturen entwickelt, indem man Schulmanagement und Unterrichtsentwicklung vor Ort förderte und dadurch mehr Selbstständigkeit der Schulen ermöglicht wurde. Im zweiten Schritt vernetzten sich die Schulen miteinander und schufen so eine regionale Schullandschaft. Und erst im dritten Schritt sollte eine regionale Bildungslandschaft entstehen, zu der außerschulische Partner hinzugezogen wurden. Von den drei Schritten waren also die ersten beiden schulzentriert.

?: Konnte dann im dritten Schritt die Einbeziehung außerschulischer Bildungsträger noch gelingen?

»Der Begriff Bildungslandschaft steht für kein wissenschaftliches Konzept, sondern ist eine fachpolitische Metapher.«

Stolz: Nicht umfassend. Die Entwicklung der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen blieb im Programmkontext »Selbstständige Schule« zu stark auf die formale Bildung in der Schule fokussiert. Das hat einerseits damit zu tun, dass die Laufzeit mit sechs Jahren nicht lang genug war, um solche prägenden Entwicklungen hinzubekommen. Andererseits zeigten sich institutionelle Schließungsprozesse. Die Schulen haben sich im Projektlauf sehr gut miteinander vernetzt. Und als dann zuletzt die außerschulischen Partner hinzukamen, war es zu spät, da elementare Arbeitsbündnisse schon geschlossen waren und regionale Bildungspartner in ein bereits fertiges Raster eingebunden werden sollten. Doch diese Problematik

schulzentrierter Bildungsreformen kennen wir in ganz Deutschland – z.B. bei der Entwicklung von Ganztagsschulen. Man kann es sich ganz einfach nicht leisten, erst Ganztagsschulen konzeptionell zu planen und danach außerschulische Partner hinzuzunehmen. Denn logistisch braucht man die Partner schon im ersten Schritt, um den Nachmittagsbereich der Ganztagsschulen auszubauen. Aus diesen Erfahrungen lernend, wurde dann neben der schulzentrierten eine zweite, kooperationsorientierte Variante von Bildungslandschaften entwickelt, in der die außerschulischen Partner schon im ersten Entwicklungsschritt auf Augenhöhe einbezogen werden sollen.

?: In Hamburg sind Regionale Bildungskonferenzen in allen Bezirken installiert worden. Sind Bildungskonferenzen ein Schritt oder sogar der Königsweg, um perspektivisch Bildungslandschaften zu ermöglichen?

Stolz: Zunächst einmal sind Bildungskonferenzen ein ganz kleiner Mosaikstein in einer lokalen Bildungslandschaft.

?: So klein?

Stolz: Um das zu erklären, muss ich konzeptionell ausholen. Wir haben in der wissenschaftlichen Begleitforschung vier Dimensionen nach Akteuren unterschieden. Ich werde das kurz darstellen, um die Dimension der Metapher Bildungslandschaft und darin die Konferenzen besser einzuordnen.

Es gibt zunächst die Planungsdimension, in der die Verwaltung im Vordergrund steht. Dort geht

es um Bildungsmonitoring und um Bildungsberichterstattung auf kommunaler Ebene. Die Perspektive ist eine integrierte Fachplanung, in der Prozesse wie Jugendhilfe, Schulentwicklungs-, Sozial- und Stadtplanung unter Bildungsund jugendpolitischen Aspekten koordiniert werden.

In der zivilgesellschaftlichen Dimension, zu der Regionale Bildungskonferenzen wie jetzt in Hamburg zählen, will man auf lokaler Ebene öffentlich verantwortete Bildungsnetzwerke gestalten. Öffentlich verantwortet heißt, dass hier eine Netzwerkpflege hauptamtlich moderiert und bezahlt wird.

Dann gibt es eine Professionsdimension, in der pädagogischen Lehr- und Fachkräfte, auch aus der Jugendarbeit und -hilfe, beteiligt sind. Hier geht es um ein wechselseitiges systemischpädagogisches Verständnis der Partner im Bildungsbereich. Denn nur, wenn man weiß, mit welchem Partner man es zu tun hat und unter welchen Bedingungen Schule, Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit agieren, kann man überhaupt vernünftig kooperieren.

Und schließlich gibt es eine Aneignungsdimension, also die Frage, wie Lernsubjekte -Kinder, Jugendliche, Eltern - an der Herausbildung einer Bildungslandschaft teilhaben. Hier spielt Partizipation eine zentrale Rolle. Denn Bildungslandschaften sind nicht technokratisch gestaltbar sondern partizipativ anzulegen. Das ist eine Grunderfahrung. Jeder andere Weg führt zu Investitionsruinen.

So hat beispielsweise der schwarz-grüne Senat in Hamburg in der Schulpolitik mit seinem Top-Down-Konzept Schiffbruch erlitten. Das war von vornherein völlig klar - genau aus dem Grund, weil der Senat die Reform nicht partizipativ angelegt hatte. Schulentwicklung und eine darüber hinaus gehende Gestaltung einer Bildungslandschaft können immer nur in einem Wechselprozess von unten und von oben angegangen werden. Wenn man das von oben verordnen will, scheitert man.

?: Die große Schulreform wurde in Hamburg per Volksentscheid gestoppt und hat Hamburg gespalten. Betreten die Regionalen Bildungskonferenzen nicht gewissermaßen verbrannten Boden? Oder gibt es Chancen für Bildungslandschaften?

Stolz: Absolut. Da ist nichts verbrannt. Es ist so, dass man jetzt einfach mal ein bisschen nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg schauen sollte, wo immer klar war, dass man bei großen Bildungs- und Schulreformen unten anfangen muss. Die Schulgemeinden, die Eltern und ebenso die Träger nonformaler Bildung müssen im Reformprozess mitgenommen werden. Hier können Regionale Bildungskonferenzen, die zwar in den Bezirken starten, aber dann kleinräumiger organisiert werden sollen, ein wunderbarer Weg sein, einen partizipativen Grundeinsatz in die Planungen hineinzubringen.

Ich muss sagen, dass Hamburg in vielen bildungspolitischen Punkten programmatisch immer den »State of the art« abdeckt. Und das ist auch hier der Fall. Man will die Bildungslandschaftsentwicklung in die Stadtentwicklung hineinbringen. In dem Modellprojekt in Wilhelmsburg und den Elbinseln, das wir am Deutschen Jugendinstitut begleitet haben, ist diese zudem in die internationale Bauausstellung und in die Stadtplanung integriert gewesen. Eine integrierte Stadt- und Stadtteilentwicklung ist genau die Perspektive, die wir brauchen. Diesen Schritt hat außer Hamburg nur Köln ansatzweise gemacht. Ansonsten kenne ich keine Kommune, die das schon mitdenkt. Die sind alle schon froh, wenn sie Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung integrieren.

»Ich muss sagen, dass Hamburg in vielen bildungspolitischen Punkten programmatisch immer den >State of the art< abdeckt.«

?: Die »Bildungsoffensive Elbinseln« ist noch im Gange, aber Sie haben schon einige Evaluationen gemacht und einen Bericht geschrieben. Wie fällt Ihr Zwischenfazit aus?

Stolz: Die große Herausforderung ist, sinnvolle Vernetzungsstrukturen aufzubauen, in der keine Akteure ausgeschlossen, bestehende Vernetzungen integriert und keine Wasserköpfe aufgebaut werden. In einem so großen Quartier wie den Elbinseln, das eine Größenordnung wie eine mittlere Stadt hat und in dem so viele Akteure vorhanden sind, ist das sehr schwierig. Man muss aufpassen, dass nicht immer dieselben Akteure in fünf oder sechs Konferenzen sitzen und eigentlich nur noch vernetzen, aber gar nichts mehr tun können, weil sie keine Zeit mehr haben. Also, das ist ein großes Problem, Bildungsmanagement so zu gestalten, dass alle mitgenommen werden und gleichzeitig aber nicht an 15 verschiedenen Stellen arbeiten müssen.

?: Die Bildungsoffensive Elbinseln erscheint für Hamburg in mehreren Perspektiven offenbar sinnvoll. Hamburg macht den Sprung über die Elbe, ist das eine Stichwort. Das Auseinanderdriften von Harburg und dem nördlichen Teil Hamburgs soll überwunden werden. Dazwischen liegen die lange Zeit städteplanerisch und sozialplanerisch vernachlässigten Elbinseln, die nun modernisiert werden sollen. Da setzt meine Frage an: Wie kann eine Bildungsoffensive respektive ein Prozess zur Schaffung einer Bildungslandschaf das leisten? Vernetzt werden kann doch nur, was vor Ort ohnehin schon vorhanden ist. Wandel wäre aber durch Investitionen zu schaffen.

Stolz: Es gibt in Großstädten wie Hamburg das Bemühen, ein solches Konzept - um es handhabbar zu machen - auf Stadtteilebene anzusetzen. Daraus resultiert der große Nachteil, zugleich mit Problemen wie der sozialen Segregation belastet zu sein.

Der Bildungslandschaftsgedanke ist aber eigentlich ein ganz anderer, nämlich auf der Ebene einer Gesamtkommune - in Hamburg als Stadtstaat - anzusetzen und eine soziale Durchmischung zu fördern, indem man Ressourcen aus besser gestellten in vernachlässigte Regionen hereinträgt. Wenn man mit einem segregierten Stadtteil anfängt, hat man im Grunde schon verloren. Deswegen reicht das Projekt Elbinseln nicht aus. Das war aber auch den Machern klar. Das Pilotprojekt sollte zeigen, wie man Vernetzungsstrukturen entwickelt, um das Ganze auf ganz Hamburg zu übertragen. Das passiert jetzt im Ansatz.

Ob das gelingen kann? Zum Teil ja, zum Teil nein. Man kann ordnungspolitsch einiges auf den Weg bringen. Das macht Hamburg auch. Die Gefahr sehe ich darin, Kooperation und Vernetzung als Ausrede zu bringen, um nicht mehr in gerechte Bildung investieren zu müssen. Da habe ich nicht nur Hamburg sondern auch andere Städte immer wieder im Verdacht, dass das passiert.

Nehmen Sie das Beispiel »Inklusion durch Abschaffung von Förderschulen« - bundesweit ein erstrangiges Zukunftsthema! Das macht man dann zwar, denkt aber scheinbar, eine solch tiefgreifende Reform kostenneutral oder gar im Sinne eines Einsparmodells realisieren zu können. Notwendig wäre es aber, deutlich mehr Mittel in die sonderpädagogische Förderung zu stecken, um die Regelschulen überhaupt zu befähigen, mit einer stärker heterogenisierten Klientel klarzukommen und den betroffenen Kindern eine wirksame Unterstützung und Lernbegleitung angedeihen zu lassen. Wenn hier der Kämmerer das letzte Wort hat, setzt man die gesellschaftliche Akzeptanz für gemeinsames Lernen genau so auf's Spiel wie man es sich bereits bei dem Versuch einer top-down verordneten Schulstrukturreform geleistet hat.

Die in den Kultusbürokratien immer noch weithin unbekannten Schlüsselworte heißen Beteiligung und zielgenaue Erhöhung von Bildungsinvestitionen und ganz sicher nicht Anordnung und Einsparung. Das ist nur ein Aspekt. Vieles bei den Bildungslandschaften würde mehr Ressourcen, insbesondere Personalressourcen, verlangen. Es reicht nicht zu sagen: »Lasst uns mal mit den vorhandenen Mitteln kooperieren und Vernetzung herstellen. Da wird schon etwas bei raus kommen«. In Hamburg habe ich den Eindruck, dass grundlegende, ordnungspolitische Reformen angegangen werden. Die Regionalisierung der Schulaufsicht ist z.B. ein mutiger und richtiger Schritt. Hoffentlich schreckt man aber dann nicht zurück, wenn es mehr Geld kostet.

?: Wurde denn die Bildungsoffensive Elbinseln begleitet mit einer Investition neuer Mittel?

Stolz: Es gab und gibt befristete Mittel. Aber auch da - und der Koordinator der Bildungsoffensive hat das immer wieder thematisiert - ist es wichtig, nicht nur in Beton zu investieren sondern ebenso in Menschen. Und vor allem gilt, überhaupt zu investieren. Und das auf Dauer. Es hilft nichts, mit Sonderfördermitteln Dinge anzuschieben, die dann nach zwei bis drei Jahren wieder zurückgenommen werden müssen, weil die Ressourcen nicht langfristig zur Verfügung gestellt werden.

?: Kommen wir zu den Chancen und Risiken der nonformalen Bildungspartner bei den Bildungskonferenzen und Bildungslandschaften. Chancen mögen durch Kooperation immer entstehen, Risiken dadurch, wenn ungleiche Partner gegenüberzustehen – unterschiedlich von der Bildungsidee und von der Ressourcenausstattung. Wie würden Sie das gewichten?

Stolz: Ich denke, hier darf man nicht in institutionellen Egoismen denken sondern in größeren Konzepten, sonst verliert man sofort. Wir wissen, dass Deutschland auf dem Weg in Richtung Ganztagsschulen ist und diesen Weg auch weiter gehen wird. Halbtagsschulen sind ein Auslaufmodell.

Daher ist es für die nonformalen Bildungsträger - wie für Jugendverbände - sehr wichtig, sich von Anfang an hier einzubringen, weil es hier einen Trend gibt, den man nicht stoppen kann. Aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse sollte man sich bei Gestaltung von Bildungslandschaften also beteiligen. Das ist das eine. Das zweite ist, dass die Unterrichts- und Halbtagsschulen gar nicht in der Lage sind, die Herausforderungen in punkto Bildungsgerechtigkeit oder Inklusion alleine zu erfüllen. Bei diesen Herausforderungen sind die Schulen auch auf Partner angewiesen. Und das ist eine günstige Voraussetzung, um die viel beschworene Kooperation auf Augenhöhe mittel- oder langfristig hinzubekommen. Das sind die großen Brötchen, die man backen muss. In diesen Kategorien muss man daher nachdenken. Ich halte es für nicht diskussionswürdig, dass einige Stimmen in der Jugendarbeit sagen, sich da heraushalten zu wollen. Damit würde Jugendarbeit sich selbst überflüssig machen. Es gibt keine andere Möglichkeit, als sich in den Bildungslandschaftsprozessen produktiv einzubringen.

Die Frage ist aber, wie man sich einbringen kann. Die beste Variante wäre, sich offensiv zu beteiligen, indem man überall für die kooperationsorientierte Variante einer Bildungslandschaft einsetzt.

Die kooperationsorientierte Variante wird in der Fachdiskussion mit dem Begriff der Ganztagsbildung erfasst, was weit über die Schule hinaus geht. Das ist ein ernst zu nehmendes, relevantes Konzept, das viele Akteure vor Ort kennen und teilweise versuchen zu realisieren. Dennoch ist dieser Ansatz bisher schwach ausgeprägt. Die schulzentrierte Variante ist immer noch ganz klar dominierend.

Aber: Nonformale Bildungsträger - Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit - haben eine Perspektive in den Regionalen Bildungskonferenzen und in der Bildungslandschaft, wenn sie mit einem klaren Konzept hineingehen und diese Prozesse quasi dezentrieren. Also: Weg von der schulzentrierten Variante und Hin zu einem Verständnis des ganzen lokalen Raums als Aneignungs- und Gelegenheitsstruktur für Lernprozesse. Die eigenen außerschulischen Lernorte und ebenso die informellen Lernorte, wo sich Peergroups treffen, müssen eingebunden werden.

In der kooperationsorientierten Variante der Bildungslandschaft können Jugendverbände bestehen, ohne ihre Arbeitsprinzipien aufzugeben. Eine andere Frage ist, inwiefern das politisch realisierbar ist - gerade bei der geringen Lobby im Vergleich zur Schule.

?: Ist das aber nicht ein wenig idealistisch formuliert? Die Ganztagsschulen drohen das freie Zeitbudget Jugendlicher zu tilgen, das ihnen bei der Halbtagsschule verbleibt und das sie etwa in ein Engagement bei Jugendverband stecken können. Da beginnen für die Jugendverbände die Probleme. Wenn sie dann sagen: »Es scheint alternativlos zu sein, wir müssen uns in die Schulen hinein begeben«, folgt daraus nicht ein Strukturwandel für die Jugendverbände? Ihre elementaren Prinzipien wie Ehrenamtlichkeit, Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Unabhängigkeit stehen auf dem Spiel, wenn sie mit Ganztagsschulen im Nachmittagsbereich kooperieren und Verpflichtungen eingehen, die das Schulsystem erfordert. Wie können sie also ein »Part of the game« werden, ohne ihre Eigenart zu opfern?

Stolz: Hier haben wir im Deutschen Jugendinstitut Konzeptideen entwickelt, die helfen können, solche Konflikte aufzulösen. Zunächst aber: In der Konzeption der Ganztagsschule steht ja nicht, dass das spezifische Angebot verpflichtend ist, sondern dass ein ganzes Spektrum an Angeboten zur Auswahl stehen kann, aus denen die Schüler/innen wählen können, was sie machen wollen. Daher kann die Nutzung eines speziellen Angebotes durchaus freiwillig sein, die Schüler/innen müssen nur irgendwas wählen. Das ist der Schritt, dass das Freiwilligkeitsprinzip in die Angebote kommt. Folglich können im Tagesgeschäft der Ganztagsschule Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit Angebote machen, die die Jugendlichen selber auswählen. Inzwischen findet zudem ein Großteil der Ganztagsangebote an außerschulischen Lernorten statt. Das heißt also, dass Jugendverbände ihre eigenen Lernorte für die nonformale Bildung nutzen können.

Man kann sich aber auch Konzepte vorstellen, dass es bestimmte Angebote der Jugendarbeit und der nonformalen Bildung im weiteren Sinne gibt, die gar nicht in Kooperation mit Schule stattfinden, aber trotzdem auf den Ganztag der Schüler/innen angerechnet werden. Da sind freilich versicherungs-, aufsichtsrechtliche und logistische Fragen zu lösen.

Genau dafür sind Bildungslandschaften geeignet. Da können auf der lokalen, kommunalen Ebene Grundregeln verabredet werden, so dass nicht bei jedem Angebot und für jede Schule Einzelabsprachen getroffen werden müssen. Und so ist es denkbar, dass bestimmte Angebote der Jugendverbände erstens frei nutzbar sind, zweitens gar nicht unbedingt in Kooperation mit Schule stattfinden müssen und trotzdem auf den Ganztag angerechnet werden.

?: Bestimmte Angebote?

Stolz: Eine wichtige Voraussetzung müssten die Angebote der Jugendverbände schon erfüllen: Die Bildungsbedeutsamkeit ihrer Angebote wäre nachzuweisen. Eine Zertifizierung wäre einzuführen, um die Anrechenbarkeit von Jugendverbandsangeboten auf den schulischen Ganztag zu belegen. Und ebenso müssen Jugendverbände in ihrer Bildungswirksamkeit qualifiziert werden. Wobei auch hier der Bildungsbegriff ganz breit ist, und der Zertifizierungsbegriff keineswegs heißt, dass man ein »Jugendhilfe-Pisa« braucht.

?: Ihre Empfehlung an die Jugendverbände wäre also, das Thema Bildungslandschaften offensiv anzugehen?

Stolz: Richtig. Es gibt strukturell gesehen ein Einfallstor. In der kooperationsorientierten Variante der Bildungslandschaft können Jugendverbände bestehen, ohne ihre Arbeitsprinzipien aufzugeben. Eine andere Frage ist, inwiefern das politisch realisierbar ist – gerade bei der geringen Lobby im Vergleich zur Schule. Konzeptionell aber geht es. Wichtig ist, dass Jugendverbände und andere Träger nonformaler Bildung mit einem klaren Konzept und einer klaren Strategie in diese Dinge herein gehen. Nicht mit kleinen institutionellen Egoismen und der Angst, dass man verliert. Mit einer defensiven Haltung wird man nichts ernten.

?: Kooperation und Vernetzung bedeuten zusätzliche Arbeit. Wie sollen kleine, komplett ehrenamtlich agierende Jugendverbände das leisten, um sich in einer Bildungslandschaft zu positionieren?

Stolz: Natürlich können sie das nicht alleine. Sie brauchen professionelle Unterstützung aus den bestehenden Vernetzungsstrukturen der Jugendverbände – wie den Landesjugendringen - und aus einem kommunalen Bildungsmanagement. So müssen Anlaufstellen eingerichtet werden, die den Gruppen etwa helfen, mit den Schulen in Kontakt zu kommen. Aber die kleinen Jugendverbände müssen natürlich selbst eine Idee und ein Konzept haben, was sie anbieten wollen. Bei dieser Konzeptentwicklung können sich die Jugendverbände über ihre Strukturen, die um Bildungsmanagement gegebenenfalls zu erweitern sind, selber helfen.

?: Durch die Vernetzung bestehender Bildungsangebote soll Bildung insgesamt für junge Menschen besser werden und die Erstarrung schulischer Bildungsformen überwunden werden. Ist das realistisch?

Stolz: Wir haben eine Situation - wenn ich jetzt mal von den Bildungslandschaften weggehe und auf die Bildungssituation generell schaue - der diskursiven Aufwertung der nonformalen Bildung und des informellen Lernens. Kein Konzept - ob es der Nationale Bildungsbericht oder die Pisa-Studie ist - kommt ohne Hervorhebung aus, wie wichtig diese Lernformen sind. Wenn man dann aber schaut, was konkret in der Bildungspolitik gemacht wird, findet man eine sehr schulzentrierte, auf formale Bildung, Qualifikationserwerb und Sprachkompetenz fixierte Bildungspraxis.

Da haben wir ein großes Problem: eine eklatante Diskrepanz zwischen Anerkennung und Förderung der Jugendarbeit. Sie ist im freien Fall, die Mittel werden überall massiv gekürzt. Teilweise müssen die Kommunen hier kürzen, weil sie durch die vorgeschriebene Haushaltssicherung und qua Aufsichtsbehörden gezwungen sind, freiwillige Leistungen - und als solches gilt die offene Kinder- und Jugendarbeit fälschlicherweise – einzukürzen. Darum fordern wir im Deutschen Jugendinstitut seit langem ordnungs- und bildungspolitische Reformen auf Länder- und Bundesebene, um den Trägern der nonformalen Bildung Luft zum Atmen geben.

?: Das meint konkret?

Stolz: Wir brauchen einschneidende Reformen. die auch ressourcenrelevant sind. Insbesondere müssen die Leistungen nach den Paragrafen 11 bis 13, die die offene Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit betreffen, zu Pflichtleistungen der Kommunen werden - ähnlich wie die Hilfen zur Erziehung. In den Veröffentlichungen der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) in Dortmund wird nachgewiesen, wie sehr sich die kommunale Jugendarbeit im freien Fall befindet. Und deswegen müssen diese Leistungen zu Pflichtleistungen deklariert werden, um der rhetorischen Aufwertung der nonformalen Bildung Taten folgen zu lassen. Und natürlich ist es mit einer derartigen rechtlichen Änderung dann auch nicht getan, so lange die damit verbundenen Finanzierungsfragen von Bund, Ländern und Kommunen nicht gemeinsam angegangen werden.

Und dann sind wir noch gar nicht bei den Fragen der Partizipation. Wir haben in unseren Modellregionen, z.B. den Elbinseln, festgestellt, dass Partizipation von Kindern, Jugendlichen und unorganisierten Bürger/innen noch überhaupt nicht auf dem Schirm der Akteure ist. Deutschland hat sich im Rahmen der Kinderrechtskonvention völkerrechtlich verpflichtet, eine verlässliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Maßnahmen sicherzustellen. Da passiert gar nichts, auch nicht in den Regionen, die sich als Bildungslandschaften verstehen.

?: Herr Stolz, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

Zur Person



Dr. Heinz-Jürgen Stolz Wissenschaftlicher Referent am Deutschen Jugendinstitut | Nockherstr. 2 81541 München

Veröffentlichungen:

- Stolz, H.-J./Schalkhaußer, S./Täubig, V. (2011): »Vernetzte Bildung« - Ein institutioneller Mythos? In: Otto, H.-U./ Bollweg, P. (Hrsq.): Räume flexibler Bildung. Bildungslandschaft in der Diskussion. Wiesbaden, S. 99-111
- Stolz, H.-J. (2010): Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagsschule und Jugendhilfe.

- Ausgewählte Ergebnisse. In: Nerowski, C./Weier, U. (Hrsg.): Ganztagsschule organisieren - ganztags Unterricht gestalten. Bamberg, S. 121-132
- Stolz, H.-J: (2010): Jugendhilfe und Schule in der lokalen Bildungslandschaft. In: Markowetz, R./ Schwab, J. E. (Hrsg.): Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Inklusion und Chancengleichheit zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bad Heilbrunn, S. 9 – 35 (im Erscheinen)
- Arnoldt, B./ Rauschenbach, T./ Stolz, H-J. (2010): Ganztagsschulen und außerschulische Partner. Kooperationen lohnen sich. In: Buchen, H./ Horster, L./ Rolff, H-G. (Hrsg.): Ganztagsschule – Erfolgsgeschichte und Zukunftsaufgabe. Stuttgart, S. 95 - 110
- Stolz, H.-J./ Kaufmann, E./ Schnitzer, A. (2010): Bedeutung partizipativer Gestaltungsformen für Unterricht und Angebot in Ganztagsschulen. In: Betz, T./ Gaiser, W./ Pluto, L.: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen,

Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach/Ts., S. 179 – 194 (Auch erhältlich über die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 1128)

»Die Schulen glauben, dass nur sie die wesentlichen Akteure sind ...«

Gespräch mit Hans-Peter de Lorent und Hans-Werner Schäfer, Behörde für Schule und Berufsbildung, über die Perspektiven der Regionalen Bildungskonferenzen und die Sorgen der Jugendverbände

?: Die Regionalen Bildungskonferenzen sind in den Hamburger Bezirken gestartet. Welche Funktion sollen diese Konferenzen haben? Was ist ihre Zielvorgabe?

de Lorent: Die Zielvorgabe ist im Schulgesetz festgelegt. Eine Abstimmung von Bildungs- und Betreuungsangeboten soll in den Bezirken erreicht werden, die nicht auf die Schule reduziert ist. Das spiegelt sich in den Regionalen Bildungskonferenzen, in denen Bildungsakteure jenseits der Schule zahlreich vertreten sind. Hintergrund ist die Entwicklung, die Schule nicht mehr als Halbtags- sondern als Ganztagsveranstaltung zu sehen. Dafür müssen wir die Angebote erweitern, da einerseits Bildung nicht nur Schule ist und andererseits Kinder und Jugendliche auch andere Interessen haben, welche die klassische Halbtagsschule nicht abbilden kann. Mit den Regionalen Bildungskonferenzen wollen wir erreichen, dass alle, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, an einen Tisch kommen. Das hat in der Vergangenheit nicht regelhaft stattgefunden und führte zu viel Frustration und Parallelentwicklungen.

?: Die Bildungskonferenzen starten also mit einem Bildungsmonitoring, um zu schauen, was es auf der regionalen Ebene überhaupt gibt. Die

Schulen waren lange Zeit Inseln in ihren Stadtteilen. Soll jetzt die Tür für Bildungspartner geöffnet werden?

de Lorent: So kann man das sagen. Aber wir sind erst am Start einer Bestandsaufnahme. In den Regionalen Konferenzen beginnen wir mit der Konfrontation mit vorhandenen Daten, Problemen und auch Defiziten in den Bezirken. Schon in einem ersten Durchgang haben wir festgestellt, dass allein die Vorbereitung auf diese Konferenzen bei der Bildungsbehörde und den Bezirken dazu geführt hat, dass sich ein Verständnis für die jeweils andere Seite entwickelt. Jeder versucht dabei zu verstehen, was die Interessen, Ziele und Arbeitsschritte der jeweiligen Partner sind. Das ist die Basis. Dann geht es damit los, gemeinsam zu denken und gemeinsame Projekte zu realisieren.

?: Die Bildungskonferenzen sind also ein erster Schritt, Und die weiteren Schritte? Soll am Ende des Prozesses die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften stehen?

Schäfer: Richtig, die Bildungskonferenzen sind zunächst einmal ein Instrument, um Akteure im regionalen Bildungsbereich zusammenzubringen, Vernetzungen, die schon bestehen, zu in-

tensivieren und neue Vernetzungen zu schaffen. Die Zielvorstellung dieser Bildungskonferenzen auf der strukturellen Ebene ist, dazu beizutragen, dass irgendwann ein komplettes, regionales Netz der Bildungsakteure existiert. Und dieses Ziel wäre nach meinem Verständnis als Bildungslandschaft zu bezeichnen.

»Mit den Regionalen Bildungskonferenzen wollen wir erreichen, dass alle, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, an einen Tisch kommen.«

?: So einfach? Die regionalen Konferenzen können zunächst nicht viel mehr leisten als das bereits angesprochene Monitoring. Eine darüber hinausgehende Kooperation zwischen außerschulischen Bildungsträgern und Schulen wäre doch von einem größeren Konzept zu flankieren. Denn sonst laufen diese regionalen Bildungskonferenzen ins Leere. Man lernt sich kennen, weiß, wer was macht, und sagt nach zwei Jahren einfach Tschüss?

de Lorent: Die Regionalen Bildungskonferenzen sind kein Projekt, das auf kürzere Zeit



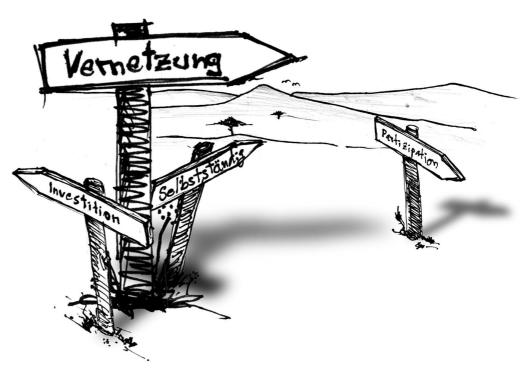
ausgelegt ist. Wir beginnen zunächst mit Regionalen Bildungskonferenzen auf der bezirklichen Ebene. Schon der nächste Schritt wird die lokale Ebene erfassen. Wenn wir uns in zwei Jahren noch mal sprechen sollten, werden wir schätzungsweise 30 bis 40 lokale Bildungskonferenzen haben, die stadtteilorganisiert und -orientiert sind. Dieser Prozess soll in der Entwicklung von Bildungslandschaften münden. Und das auf Dauer.

Schäfer: Diese Einschätzung hängt auch das von der Frage ab, was eine Bildungslandschaft ist. Die Bildungslandschaft ist ein Begriff, für den die Wissenschaft zurzeit keine einheitliche Definition geprägt hat.

Aber schauen wir mal in die Praxis: In Eimsbüttel z.B. gibt es ganz viele kleine Bildungslandschaften, wenn man es als Kooperation zwischen formaler, nonformaler und informeller Bildung definiert. Nach der ersten großen Konferenz, zu der der ganze Bezirk eingeladen war, folgt jetzt als nächster Schritt, dass auf Ebene der Stadtteile weitergearbeitet wird. Und das zum großen Teil selbst organisiert. Die bezirkliche Steuerungsgruppe greift eigentlich nur die Impulse auf, leistet Support und begünstigt die Entwicklung. Mit anderen Worten: Das ganze Modell der Regionalen Bildungskonferenzen zielt darauf, bestehende Netzwerke, also Bildungslandschaften zu begünstigen, zu befördern und eine Systematisierung des Austausches zwischen den Netzwerken für ganz Hamburg zu ermöglichen, um quasi ein Gesamtnetzwerk entstehen zu lassen.

?: Sie sagen zurecht, dass es nicht »das« Konzept der Bildungslandschaften gibt. Gleichwohl gibt es Unterscheidungen, die auf Erfahrungen aus der Praxis basieren. In Nordrhein-Westfalen, das den ersten Anlauf zu einer Bildungslandschaft unternahm, monierte die begleitende Forschung, dass die ersten Schritte wesentlich schulzentriert waren, so dass der nachfolgende Schritt, in dem außerschulische Bildungsträger mit ins Boot geholt werden sollten, nur scheitern konnte. Wie unterscheidet sich das Hamburger Modell von diesem Ansatz? Wie weit ist es tatsächlich offen für partizipative Strukturen? Und für einen kooperationsorientierten Ansatz?

de Lorent: Wir realisieren das. Wir hatten zunächst Defizite zu bewältigen, welche die Vernetzung der Schulen verschiedener Schulformen betreffen. Es gab früher behördliche Schulaufsichten, die schulformbezogen waren. Das haben wir in der Schulbehörde vor drei Jahren geändert und Schulaufsichten für alle Schulen geschaffen – und zwar über alle Schulformen hinweg. Damit gibt es eine klare



Kommunikation zwischen unterschiedlichen Schulformen, um übergreifend zu wissen, wer wie arbeitet und woher die Schüler kommen. Das war der erste Schritt. Bei den Bildungskonferenzen sind die Schulen zwar wichtige Spieler, aber sie sind in der Gesamtheit der Konferenzen nicht in der Mehrheit. Die Mehrheit bilden außerschulische Vertreter. Wir haben in Harburg beispielsweise gerade eine Übersicht erstellt, wer an den ersten beiden lokalen Bildungskonferenzen teilgenommen hat. Die Mehrzahl waren Träger, die außerschulisch mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Die Schulen glauben manchmal, dass nur sie die wesentlichen Akteure sind. Das stimmt aber nicht. Das spiegelt sich in den Konferenzen wider.

»Die Schulen glauben manchmal, dass nur sie die wesentlichen Akteure sind. Das stimmt aber nicht. Das spiegelt sich in den Konferenzen wider.«

?: Gleichwohl bilden die Schulen die Tanker in dem Strom der Konferenzen. Außerschulische Bildungsträger haben nur dann eine Chance, wenn auch der Tanker die Richtung ändert. Stichworte: Ganztagsschule und der Nachmittagsbereich. Ist es denkbar, dass Schüler irgendwann frei wählen können, ob sie z.B. am Nachmittag lieber zu den Pfadfindern gehen statt in der Schule zu verbleiben? Um so etwas

zu ermöglichen, müsste sich die Schule erheblich wandeln. Können die derzeitigen Bildungskonferenzen den bislang schulzentrierten Reformprozess in Hamburg aufbrechen, um die Entwicklung von Bildungslandschaften kooperationsorientiert zwischen Schule und außerschulischen Bildungsträgern zu gestalten?

Schäfer: Um es mal konkret zu machen: Die regionalen Schulentwicklungskonferenzen zwischen 2008 und 2009 waren zunächst ganz klar auf die Schulen bezogen. Es ging darum, Schulstandorte und deren Profile neu zu bestimmen. Was jetzt passiert, ist vom schulgesetzlichen Aspekt immer noch auf Schule bezogen. Aber der politische Wille geht auch dahin, Schule mit anderen Bildungsträgern auf Augenhöhe kooperieren zu lassen. Die Frage, was dabei rauskommen soll, ist teilweise in dem Konzept der Regionalen Bildungskonferenzen beantwortet: zunächst die Schaffung von Handlungskonzepten auf der regionalen Ebene. Darüber hinaus sollen Empfehlungen für den jeweiligen Bezirk erarbeitet werden, deren Realisierung davon abhängig sind, dass die Fachbehörden diese mittragen. Diese Empfehlungen werden in die Hamburg weite Lenkungsgruppe der Regionalen Bildungskonferenzen gegeben und dort bearbeitet, entschieden oder an die jeweilige Fachbehörde weitergegeben. Das heißt also: Die Regionalen Bildungskonferenzen erarbeiten konkret und direkt vor Ort Handlungskonzepte für Schulen und außerschulische Bildungsträger und eröffnen Wege für Fragen, die über die Region hinausgehen. Diese

Wege sind im Moment noch Zukunftsmusik. Aber es gibt die klare Absicht, dass es nicht beim Kennenlernen bleibt.

?: Worauf beziehen sich die Handlungskonzepte?

de Lorent: Ich nenne mal die fünf wichtigsten Themen, die sich derzeit in den Bildungskonferenzen abzeichnen. Dadurch wird deutlich, wie weit der jetzt eingeleitete Prozess über Schule hinaus- und in viele Lebensbereiche junger Menschen hineingeht.

Der am häufigsten genannte Punkt sind die Übergänge von Kindern in die Schule und von jungen Menschen aus der Schule heraus, die anders und besser zu organisieren wären. Und wobei stärker zu berücksichtigen ist, wer mit wem hier zu tun und zu kooperieren hat.

Beim Übergang von der Kita zur Schule gibt es Überlegungen, an den Grundschulen eine über den Schultag hinausgehende Betreuung zu entwickeln. Das wäre ein Systemwechsel und nur in enger Zusammenarbeit mit den Kita-Trägern realisierbar.

Dann der Übergang Schule - Beruf: Wir brauchen behördenintern eine viel engere Verzahnung zwischen den Stadtteilschulen, Gymnasien und den beruflichen Schulen. Wir benötigen u.a. Berufsschullehrer an den Stadtteilschulen, die für Berufsorientierung zuständig sind. Vergleichbares gilt für den Übergang Schule - Studium: Die Vorbereitung der Jugendlichen auf ihre Zukunft soll schon während der Schulzeit passieren und nicht nur aus Sicht der Schule sondern mit Akteuren aus den universitären Bereichen, in welche die jungen Leute einmal wechseln wollen.

Dann haben wir die Themen Integration, u.a. von Kindern mit Migrationshintergrund, und Inklusion. Migrantenorganisationen sind sehr an den Bildungskonferenzen interessiert. Da kommt der ganze Bereich der Sprachförderung mit hinein. Und auch die Inklusion ist ein großes Entwicklungsthema für Hamburg, wo alle Institutionen, die mit Behinderung zu tun haben, mit am Tisch sitzen.

Und schließlich brauchen wir ein Handlungskonzept für Ganztagsschulen, in dem klar wird, welche Auswirkungen diese Schulform für freie

Fotos © BSB

Träger hat. Das ist den Schulen manchmal erst durch die Bildungskonferenzen klar geworden. Hier gilt es ein Konzept zu entwickeln, wie außerschulische Lernorte einbezogen werden können und wie eine Zusammenarbeit mit Jugendmusikschulen, Künstlern oder Jugendverbänden in der Region gelingen kann. Das also sind die zentralen Aufgaben, an denen jetzt in den Regionalen Bildungskonferenzen gearbeitet wird.

»Es gilt ein Konzept zu entwickeln, wie außerschulische Lernorte einbezogen werden können und wie eine Zusammenarbeit mit Jugendmusikschulen. Künstlern oder Jugendverbänden gelingen kann.«

?: Das sind viele Baustellen. Aber in allen Überlegungen zu den genannten Handlungskonzepten erscheint die Schule als zentraler Ausgangspunkt. Woher rührt Ihr Optimismus, das nicht alle, derzeit freien Bereiche in der Lebens- und Bildungswelt junger Menschen nach den Belangen der Schule ausgerichtet werden?

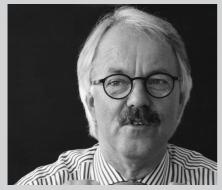
Schäfer: Der Grundgedanke ist ja, dass Schule den Bildungsauftrag, den sie hat, nicht mehr alleine erfüllen kann. Ich denke, dass diese Defizitanalyse grundsätzlich bei allen, die mit Schule zu tun haben - sowohl hier in der Behörde als auch bei den Schulleitungen und Lehrkräften -, angekommen ist. Daher rührt unser Optimismus für einen grundlegenden Wandlungsprozess. Er wird mittelfristig zum Selbstverständnis und zum Handlungskonzept von Schulen gehören, mit anderen Bildungsträgern zu kooperieren. In vielen Fällen ist das bereits heute schon Praxis. Eine Stadtteilschule in Eimsbüttel beispielsweise pflegt im Bereich der Berufsorientierung mittlerweile Kontakte mit über 30 Betrieben.

Dennoch ist Ihre Sorge berechtigt und treibt auch uns um. Denn in Deutschland existiert eine lange Tradition, welche die Schule als eine Insel sieht. Aber gerade angesichts der Probleme müssen wir diese Engstirnigkeit überwinden.

?: Die Sorgen aus der Sicht der Jugendverbände möchte ich einmal konkretisieren. Wenn immer mehr Halbtags- zu Ganztagsschulen ausgebaut werden, stehen Jugendverbände einerseits vor dem Problem, dass das freie Zeitbudget junger Menschen für ein autonomes und Interesse geleitetes Engagement schwindet. Die Basis der Jugendverbände ist also bedroht.

Andererseits erfährt gerade die nonformale Bildung, die Jugendverbände leisten, in der

Zu den Personen



Dr. Hans-Peter de Lorent ist Leitender Oberschulrat in der Bildungsbehörde Hamburg, Leiter der Abteilung »Steuerung und Koordination regionaler Bildungsentwicklung«, war vorher Leiter des Planungsstabs für die Schulreform, davor 12 Jahre tätig als Hauptseminarleiter in der Lehrerausbildung.

Hans-Werner Schäfer ist verantwortlich für »Regionale Bildungskonferenzen« in der Behörde für Schule und Berufsbildung, Amt für Weiterbildung - Abteilung Steuerung und Koordination regionaler Bildungsentwicklung Unter der letzten Regierung in der »Projektgruppe Schulreform« verantwortlich für die »Regionalen Schulentwicklungskonferenzen



(RSK)«, die in der Zeit von September 2008 bis Mai 2009 in allen 22 Schulentwicklungsregionen Hamburgs stattgefunden haben | In der Zeit von Februar 2006 - März 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Enquete-Kommission »Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung« der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg | Zwischen 1998 und 2008 Schulentwicklungsberatung und Fortbildung im Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung - LI (früher Institut für Lehrerfortbildung) überwiegend für die beruflichen Schulen Hamburgs | Mehr als 30 Jahre Lehrer an einer beruflichen Schule Hamburgs

Debatte um Bildungslandschaften eine beachtliche Aufwertung. Aus der Defizitanalyse der Schulen heraus ist die Einsicht gewachsen, dass Schulen mit nonformalen Bildungsträgern wie den Jugendverbänden kooperieren sollen, um junge Menschen besser auf das Leben vorzubereiten.

Für Jugendverbände ergibt sich insofern die seltsame Situation, dass der Aufwertung ihrer Arbeit das schwindende freie Zeitbudget ihrer Mitglieder gegenüber steht. Wenn nun in den Konferenzen und in einer späteren Bildungslandschaft eine Kooperation von Schulen und Jugendverbänden auf Augenhöhe gewollt ist, ist das für Jugendverbände eine zeit- und ressourcenintensive Herausforderung. Nicht nur die Schulen auch die Jugendverbände müssen durch organisatorische Hilfen in die Lage versetzt werden, um neue und kooperative Wege im Rahmen der Ganztagsschule zu gehen.

Kurz: Jugendverbände sehen ihre Bildungsarbeit anerkannt, haben aber die Befürchtung, dass ihnen die Luft in einem schulzentrierten Reformprozess ausgeht.

Schäfer: Was Sie beschreiben, ist absolut zutreffend. Diese Sorgen der Jugendverbände sind wirklich ernst zu nehmen. Aber beide Seiten - also Schule und außerschulische Träger - haben eine Leistung zu vollbringen. Denn es gilt im Bereich der Ganztagsschulen nachzuholen, was in anderen Ländern selbstverständlich ist. Schule hat die Leistung zu vollbringen, sich auf Ganztagsunterricht umzustellen. Das ist schon schwer. Und die außerschulischen Anbieter, die alle ihren Platz neben der Halbtagsschule gefunden hatten, müssen sich darauf umstellen, dass die Zukunft der Ganztagsschule gehört. In diesem Spannungsfeld muss ein Aufeinander-zu-gehen entstehen. Das wird gelingen. Denn auch in Ländern wie in England oder Frankreich, in denen es traditionell Ganztagsschulen gibt, existiert beispielsweise eine große Bewegung der Pfadfinder. Der internationale Vergleich zeigt, dass beide Formen - Ganztagsschule und nonformale Bildungsträger - mit- und nebeneinander funktionieren können.

?: Es kann gelingen. Aber dafür bedarf es eines partizipativen Reformkonzeptes, das die Ebenen Jugendhilfe und Schule insgesamt erfasst, das also über die derzeitigen Treffen der Akteure und ein »Dann schauen wir mal weiter« hinausgeht. Wo sind dazu die Ansätze in Hamburg?

de Lorent: Darüber wird nachgedacht. Ich glaube, dass die Bildungskonferenzen gerade dafür hilfreich sind, die Schulentwicklung inhaltlich und konzeptionell breiter anzulegen, als wenn man es nur mit Schulexperten macht.

Aufgaben und Ziele der Regionalen Bildungskonferenzen in Hamburg

Wie es dazu kam ... Das Hamburgische Schulgesetz beschreibt im § 86 die Einrichtung von Regionalen Bildungskonferenzen (RBK). Federführend für Vorbereitung und Realisation ist die Behörde für Schule und Berufsbildung. Diese hat mit den sieben Hamburger Bezirken ein Konzept (27.9.2010) erarbeitet, das zum einen den Auftrag des Schulgesetzes erfüllen und zum anderen lebensbegleitendes Lernen fördern soll. Bei der Konzeptentwicklung wurden das »Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung« und das Projekt »Lernen vor Ort« berücksichtigt.

Auftrag. »In jedem Bezirk, Stadtteil oder Quartier gibt es unterschiedliche Bildungsangebote, Strukturen und Netzwerke. Die Dichte an Bildungseinrichtungen und die Bedürfnisse der Bewohner unterscheiden sich. Daher verschaffen sich die Bildungskonferenzen zunächst einen Überblick ... [und ermitteln] ... Bildungsbedarfe. Im nächsten Schritt entwickeln die Bildungskonferenzen Vorschläge ... für:

- die Abstimmung der Bildungs-, Erziehungs- und Beratungsangebote von Schulen, Kitas, der Kinder- und Jugendhilfe, Jugendmusikschule, Volkshochschule und Sportvereinen,
- die Koordination der fachlichen Profile der Schulen
- die Erschließung außerschulischer Bildungsangebote zur Verbreiterung und Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen ...,
- die Verbesserung der Übergänge zwischen Kita und Grundschule, Grundschule und weiterführenden Schulen sowie Schule und Ausbildung.
- die Qualitätsentwicklung der einzelnen Bildungs-, Erziehungs- und Beratungssein-

Soweit diese Vorschläge nicht von den beteiligten Bildungseinrichtungen vor Ort selber umgesetzt werden können, werden diese in Form von Empfehlungen an die Lenkungsgruppe geleitet, die sie berät und auswertet, um sie der Behörde für Schule und Berufsbildung bzw. ggf. anderen zuständigen Fachbehörden zur Entscheidung vorzulegen. Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird innerhalb von sechs Wochen zu den Empfehlungen Stellung nehmen.«

(Quelle: www.hamburg.de/aufgabe)

Vorgehen. Die Regionalen Bildungskonferenzen haben ab April/Mai in allen Hamburger Bezirken ihre Arbeit aufgenommen. Im Herbst starten die Bildungskonferenzen auf regionaler Ebene in den Quartieren und Stadtteilen. Der Entwicklungsprozess der Regionalen Bildungskonferenzen wird bis zum Ende des Jahres 2012 begleitend evaluiert.

Erhofftes Ergebnis. »Es existiert ein gebietsbezogenes Bildungs-, Beratungs- und Erziehungsangebot, das regelmäßig in einem kooperativen, diskursiven Prozess der Beteiligten überprüft und aktuellen Anforderungen angepasst wird.« (Quelle: Konzept für die Einrichtung von Regionalen Bildungskonferenzen vom 27.09.2010)

Erfolgskriterien. »Zwischen den Einrichtungen sind Verbindungsstellen definiert | Ressourcen werden - wo sinnvoll - gemeinsam genutzt und effizient und effektiv eingesetzt | Ein gebietsbezogener Aktionsplan für das Bildungs-, Beratungs- und Erziehungsangebot ist abgestimmt und kommuniziert | Empfehlungen der Bildungskonferenzen für die nächsthöhere Ebene werden erarbeitet | Die RBK bringen sich in RISE mit ein ... | Impulse der Bildungskonferenzen werden aufgenommen und Empfehlungen der Bildungskonferenzen werden umgesetzt | Die Bildungskonferenzen leisten einen Beitrag zur Erreichung der übergeordneten Ziele der Stadt ...« (Quelle: Konzept... s.o.)

Weiterführende Infos:

- Website der Stadt Hamburg zu den Regionalen Bildungskonferenzen: www.hamburg.de/rbk
- Konzept für die Einrichtung von Regionalen Bildungskonferenzen: www.hamburg.de/contentblob/2836860/ data/2-konzept-fuer-die-rbk.pdf
- RBK-Hintergrundmaterialien: www.hamburg.de/rbk/materialien
- RBK-Termine:

www.hamburg.de/rbk/termine

- Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung: www.hamburg.de/rise
- Projekt »Lernen vor Ort«: www.hamburg.de/lernen-vor-ort/
- Hamburgisches Schulgesetz: www.hamburg.de/contentblob/1995414/ data/schulgesetzdownload.pdf

Die Regionalen Bildungskonferenzen im Überblick

Die Lenkungsgruppe »Regionale Bildungskonferenzen und Lernen vor Ort« ist das zentrale Gremium der Bildungskonferenzen. Sie ist zusammengesetzt aus den Amtsleitungen der Behörde für Schule und Berufsbildung (Amt B, Amt W) und des Hamburger Instituts für berufliche Bildung, den sieben Bezirksamtsleitungen und je einem/r Vertreter/in der Fachbehörden (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Kulturbehörde, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und Senatskanzlei) sowie je einem/r Vertreter/in der Patenstiftungen Körber-Stiftung, Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. und Haspa Hamburg Stiftung.

Die Lenkungsgruppe wird unterstützt auf der Hamburg übergreifenden Ebene von einer Koordinierungsgruppe; auf bezirklicher Ebene sind jeweils eine Steuerungsgruppe, eine Assistenz und eine koordinierende Bildungskonferenz eingerichtet worden.

Regionale Bildungskonferenz Altona

Assistenz: Bezirksamt Altona | Dorothea Stille und Karen Nienhaus | Platz der Republik 1 | 22765 Hamburg Tel.: (040) 42811-2504 und 42811-2510 rbk-altona@bsb.hamburg.de www.hamburg.de/rbk-altona/2655042/rbkaltona.html

Jugendverbandsvertreter in der Bezirklichen Bildungskonferenz: -

Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: -Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Altona Kern | Ottensen Bahrenfeld | Lurup-Osdorf | Blankenese, Iserbrook, Othmarschen, Nienstedten und Groß Flottbek | Rissen-Sülldorf Fachtag »Chancen Regionaler Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in

Altona Kern« des Projekts »Lernen vor Ort« | 17.9.2011 | 10 – 16 h | Förderschule Carsten-Rehder-Straße | Carsten-Rehder-Straße 34 | 22767 Hamburg-Altona

Regionale Bildungskonferenz Bergedorf

Assistenz: Bezirksamt Bergedorf | z. Zt. vakant | Wentorfer Straße 30 | 21029 Hamburg | Tel.: (040) 42891-2428 www.hamburg.de/rbk-bergedorf/2655086/ rbk-bergedorf.html rbk-bergedorf@bsb.hamburg.de Jugendverbandsvertreter in der

Bezirklichen Bildungskonferenz: -Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: nach den drei lokalen Konferenzen Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Nettelnburg-Allermöhe (14.11.2011) | Lohbrügge (31.10.2011) Bergedorf-Kern und Vierlande (28.11.2011)

Regionale Bildungskonferenz Eimsbüttel

Assistenz: Bezirksamt Eimsbüttel | Jana Wien und Birgit Butschalowsky-Barnes Grindelberg 62 - 66 | 20144 Hamburg Tel.: (040) 42801-3666 & 42801-3283 rbk-eimsbuettel@bsb.hamburg.de www.hamburg.de/rbk-eimsbuettel /2655066/rbk-eimsbuettel.html

Jugendverbandsvertreter in der Bezirklichen Bildungskonferenz: Oliver Stettner | SJD - Die Falken oliver.stettner@falken-hamburg.de Tel.: (040) 31 05 52

Nächste Bezirkliche Bildungskonferenzen: 18.10.2011 | 10.4.2012 | 23.10.2012 Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Lokstedt | Stellingen Niendorf | Hoheluft-West und Eimsbüttel Schnelsen | Eidelstedt (19.9.2011) Harveste-Hude und Rotherbaum

Regionale Bildungskonferenz Hamburg-Mitte | Assistenz: Bezirksamt Hamburg-Mitte | Michael Hallmann | Klosterwall 4 20095 Hamburg | Tel.: (040) 42854-2531 michael.hallmann@bsb.hamburq.de www.hamburg.de/rbk-hamburg-mitte/ 2655020/bezirk-hamburg-mitte.html Jugendverbandsvertreter in der

Bezirklichen Bildungskonferenz:

Olaf Schwede | DGB-Jugend olaf.schwede@dgb.de Tel.: (040) 285 82 56

Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: -Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Billstedt-Horn | Mitte-Kern | Wilhelmsburg

Regionale Bildungskonferenz Hamburg-Nord | Assistenz: Bezirksamt Hamburg-Nord | Sandra Lösel und Paul Hubert Kümmellstraße 7 | 20249 Hamburg Tel.: (040) 42804-2578 | rbk-hamburgnord@bsb.hamburg.de www.hamburg.de/rbk-hamburg-nord/ 2655070/rbk-nord.html

Jugendverbandsvertreter in der

Bezirklichen Bildungskonferenz:

Carlo Klett | Landesjugendring Hamburg Tel.: (040) 31 79 61 14 | carlo.klett@ljr-hh.de Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: 21.10.2011

Termine der Regionalen Bildungskonfe-

- Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Dulsberg | 6.9.2011 | 17 - 21 Uhr | Stadtteilschule Barmbek (Aula) | Fraenkelstraße 3 22307 Hamburg
- Langenhorn, Fuhlsbüttel und Ohlsdorf 29.9.2011 | 17 - 21 Uhr | Grundschule Eberhofweg | Eberhofweg 63 | 22415 Hamburg
- Weitere geplante Regionale Bildungskonferenzen: Winterhude, Uhlenhorst und Hohenfelde | Groß Borstel, Alsterdorf, Eppendorf und Hoheluft-Ost

Regionale Bildungskonferenz Harburg

Assistenz: Bezirksamt Harburg | Gabriela Voges | Harburger Rathauspassage 2 21073 Hamburg | Tel.: (040) 42871-3329 gabriela.voges@bsb.hamburg.de www.hamburg.de/rbk-harburg/2655084/rbkharburg.html

Jugendverbandsvertreter in der Bezirklichen Bildungskonferenz:

Hans-Jürgen Plate | Evangelische Jugend Hamburg | hplate@gmx.de

Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: Anfang 2012

Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Harburg (24.11.2011) Süderelbe (9.11.2011) | Weitere lokale Netzwerkgremien ab September 2011

Regionale Bildungskonferenz Wandsbek

Assistenz: Bezirksamt Wandsbek | Silke Mittelstädt und Gabriele Stuhr Schloßstraße 60 | 22041 Hamburg Tel.: (040) 42881-2955 rbk-wandsbek@bsb.hamburg.de www.hamburg.de/rbk-wandsbek/2655102/ rbk-wandsbek.html

Jugendverbandsvertreter in der Bezirklichen Bildungskonferenz:

Carlo Klett | Landesjugendring Hamburg T. (040) 31 79 61 14 | carlo.klett@ljr-hh.de Nächste Bezirkliche Bildungskonferenz: Frühjahr 2012

Geplante Regionale Bildungskonferenzen auf lokaler Ebene in: Jenfeld (8.9.2011) Steilshoop | Meiendorf

Handbuch für Hintergrund und Praxis

Der Deutsche Bundesjugendring durchleuchtet »Lokale Bildungslandschaften«

Eine Verantwortungsgemeinschaft für die Bildung junger Menschen - das ist der Grundgedanke von »Lokalen Bildungslandschaften«. Aber wie soll das gelingen? Wie lauten die Konzepte? Wer kann sich wie einbringen? Diese Fragen nimmt der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) in der 50. Ausgabe seiner Schriftenreihe auf und erklärt die Konzeption von Bildungslandschaften. Autoren aus der Jugendverbandsarbeit, aus Politik und Wissenschaft erörtern auf 84 Seiten Faktoren für ein Gelingen, Chancen wie Risiken und zeigen zudem, welche Ressourcen Jugendverbände in Bildungslandschaften einbringen können.

Aus dem Inhalt:

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

- Kooperationen Zeit für eine neue pädagogische Kultur von Annika Ochner
- Beispiele aus der Jugendverbandsarbeit

Vorstellung einzelner Programme

- Das Programm: »Lernen vor Ort« (Initiative BMBF, deutsche Stiftungen)
- Das Projekt: Lokale Bildungslandschaften (Forschungsprojekte DJI)
- Das Projekt: jungbewegt Dein Einsatz zählt (Bertelsmann Stiftung, Länder Berlin, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt)
- Das Projekt: Mitgestaltung lebenswerter Kommunen (Bertelsmann Stiftung, Deutsche Sportjugend, Sportwissenschaftliche Institut Uni Münster)
- Programmbausteine: Bildungspartner vernetzen (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung)

Gelingensfaktoren

• Jugendverbände und -ringe in Bildungslandschaften von Susanne Steinbach, Benjamin Wahl

Jugendverbandsarbeit macht Bildung

• Außerschulische Bildung in lokalen Bildungslandschaften von Dorothee Oehmen und Nico Wittmann (Fachstelle Jugend und Schule Erzdiözese Freiburg)

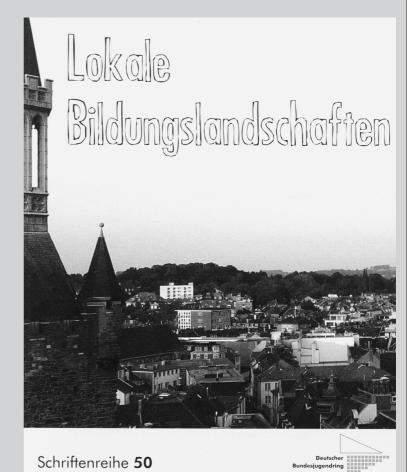
Ressourcen und Potenziale

• Wie viel Bildung benötigt, wie viel verträgt Jugendarbeit? von Dr. Thomas Rauschenbach und Dr. Jens Pothmann (DJI)

Info: Deutscher Bundesjugendring, Schriftenreihe Nr. 50, Lokale Bildungslandschaften, Berlin 2011

Preis: 2,50 €

Bezug: www.dbjr.de/publikationen.html



Seit über 20 Jahren

Partner des LJR Hamburg

Wir versichern alle(s)

Maßnahmen - Veranstaltungen - Einrichtungen ABTEILUNG BEREICHE JUGEND, BILDUNG, KULTUR UND FREIZEIT

Mühlweg 2b · D-82054 Sauerlach · Telefon +49 (0) 8104 / 89 16-0 · Telefax +49 (0) 8104 / 89 17-35 · jugend@bernhard-assekuranz.com · www.bernhard-assekuranz.com



Die Entwicklung der Schule hin zu einer Ganztagsschule führt schon bei den Schulen selbst dazu, den Blick zu verändern. Denn Ganztagsschule kann nicht bedeuten, das, was man am Vormittag macht, auf den Nachmittag auszuweiten. Schule muss anders organisiert, und außerschulische Lernorte müssen in anderer Weise miteinbezogen werden. Schule wird vielleicht auch humaner werden für Kinder und Jugendliche, wenn es eine andere zeitliche Verteilung gibt. Da bestehen für Jugendorganisationen große Chancen, diese Veränderung mit zu entwickeln. Ich glaube aber, dass die größere Bedrohung für Jugendverbände die G12-Reform war und der damit verbundene Stress, den man Kindern und deren Familien angetan hat.

»Schule wird vielleicht auch humaner werden für Kinder und Jugendliche, wenn es eine andere zeitliche Verteilung gibt. Da bestehen für Jugendorganisationen große Chancen, diese Veränderung mit zu entwickeln.«

?: Wird G12, also das Abitur nach zwölf Schuljahren, wieder fallen?

de Lorent: Dafür sehe ich in Hamburg keine Bewegung. Ich kann mir eher vorstellen, dass Eltern ihre Kinder eher auf die Stadtteilschulen schicken, weil sie ihren Kindern die Zeit geben möchten, in dreizehn Jahren zum Abitur zu kommen und diese vermeintliche Verkürzung der Schulzeit - man hat die Schulzeit ja nicht verkürzt, sondern einfach in zwölf Jahre hineingepresst - vermeiden wollen. Der Senator hat allen Stadtteilschulen das Angebot gemacht, Ganztagsschulen zu werden und das werden sie auch schrittweise annehmen.

Schäfer: Durch ihre beharrliche Nachfrage nach einem Konzept ist mir nochmals deutlich geworden, dass es keine Alternative zu den Bildungskonferenzen gibt. Was eine Bildungslandschaft ausmacht, die Kooperation auf Augenhöhe, kann nur in solchen Formen stattfinden. Man kann das nicht verordnen. Man kann kein Konzept hinlegen und sagen: »Macht das jetzt so«. Ob die regionalen Bildungskonferenzen letzten Endes das einzige Mittel sind, wird sich zeigen. Wir gehen davon aus, dass dieses Konzept weiterentwickelt werden muss.

?: Sprechen wir also über den Fahrplan der Regionalen Bildungskonferenzen. Im Grundlagenpapier steht lapidar zum Ergebnis: »Impulse werden aufgenommen und Empfehlungen

werden umgesetzt«. Das ist doch ein bisschen mager. Da wir in der Diskussion den Punkt schon erarbeitet haben, dass Schule sich verändern muss, somit meine Frage: Gibt es eine konzeptionelle Idee zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Bildung in der Schule und Jugendhilfe?

Schäfer: Das findet sich in dem Konzept der Regionalen Bildungskonferenzen nicht. Aber diese sind eingebettet in dem »Rahmenprogramm Integrierten Stadtteilentwicklung« (RISE). Zudem arbeiten wir mit dem Bundesprojekt »Lernen vor Ort« zusammen, das sich die Förderung des lebensbegleitenden Lernens auf die Fahne geschrieben hat und formale, nonformale und informelle Bildung umfasst. Auch könnte man z.B. den 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 nennen. Kurz, es gibt eine Menge Grundlagen, die den Beteiligten bekannt und die auch maßgebend sind.

?: Wer Bildungsgerechtigkeit und Bildungslandschaften in benachteiligten Stadtteilen schaffen will, sollte zu den guten Absichten und Ideen auch Geld in die Hand nehmen. Folglich: Wo ist das Förderprogramm Bildung in Hamburg, das den Ergebnissen der Bildungskonferenzen in zwei Jahren zur Realisation verhilft?

Schäfer: Ein Förderprogramm Bildung gibt es für Hamburg noch nicht. Aber es gibt Pro-

»Wir sind letzten Endes weitestgehend eine Schulbehörde. Und die anderen Bildungsaspekte junger Menschen sind in anderen Behörden angesiedelt und funktionieren dort nach anderen Mechanismen.«

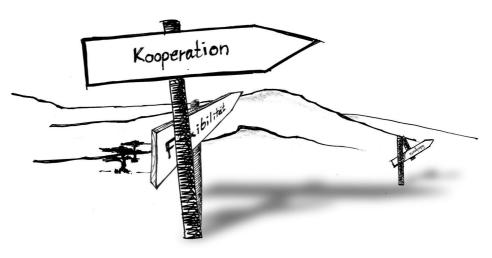
gramme wie das erwähnte RISE, das neben anderen Handlungsfeldern auch Bildung umfasst und deren Ausbau in den Stadtteilen mit Mitteln fördert.

Ob es irgendwann mal dazu kommt, dass es ein Hamburg weites Förderprogramm Bildung gibt, darüber können wir nur spekulieren. Ein Problem ist, dass es in Hamburg - obwohl Bildungspolitik in unserer Behörde für Schule und Berufsbildung verankert ist - keine Zuständigkeit für Bildung im umfassenden Sinne gibt. Wir sind letzten Endes weitestgehend eine Schulbehörde. Und die anderen Bildungsaspekte junger Menschen sind in anderen Behörden angesiedelt und funktionieren dort nach anderen Mechanismen. Da gibt es also ein strukturelles Problem.

de Lorent: Es gibt z.B. viele Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit sozialen oder anderen Problemen, die von unterschiedlichen Behörden initiiert werden und parallel laufen. An einem Schüler mühen sich oftmals fünf unterschiedliche Institutionen ab. Hier könnte eine Synchronisierung sicher erhebliche Ressourcen freimachen, die anders nutzbar sind, wenn behördliche Parallelstrukturen abgebaut werden. Wir hoffen, dass wir mit dem Konzept der Regionalen Bildungskonferenzen viel dazu beigetragen werden, um solche Gräben zu überwinden - nicht nur zwischen den Behörden sondern auch zu den Bezirken. Schon jetzt am Anfang ist die Kooperation deutlich besser geworden. Und wir wissen inzwischen, dass wir einander brauchen.

?: Herr de Lorent, Herr Schäfer, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg



Zahlen aus der »Black Box« Ehrenamt

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik veröffentlicht Studie zu Lebenslagen und Engagement von Juleica-Inhaber/innen

Seit mehr als 12 Jahren gibt es die Juleica. Der größte Teil der Jugendleiter/innen erwirbt die Juleica im Rahmen des Engagements in verbandlichen Jugendorganisationen. Sie zeichnet sich gegenüber anderen Ehrenamtscards oder -pässen dadurch aus, dass ihre Inhaber/innen eine qualitativ hochwertige Ausbildung absolviert haben und sich regelmäßig ehrenamtlich engagieren.

Durch die Juleica und das entsprechende Online-Antragsverfahren erhält auch die Jugendforschung wesentlich regelmäßiger detailliertere und verlässlichere (anonyme) statistische Daten. Ein Fundus von derzeit rund 300.000 ausgegebenen Juleicas oder mehr als 100.000 Inhabern/innen von gültigen Juleicas stellt eine solide Datenbasis dar. Aktuelle Ergebnisse der Forschung legt dieser Juleica-Report 2011 vor.

Zentrale Ergebnisse:

- Die Entwicklungsdynamik der Juleica ist stabil. Bis zum Jahr 2002 wurde mit 104.000 gültigen Juleicas ein Stand erreicht, der seither gehalten werden konnte. Für den September 2010 kann von ca. 105.000 gültigen Juleicas für Jugendleiter/innen ausgegangen werden.
- Die Juleica ist in den Bundesländern ungleich verbreitet. Eine starke Verbreitung hat sie in den Ländern Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Niedrigere Juleica-Quoten sind bezogen auf die Gesamtbevölkerung für die ostdeutschen Bundesländer und die Stadtstaaten festzustellen. [Für Hamburg ist diese Aussage nicht korrekt, wie auch eine Statistik zu den Zahlen der zwischen Oktober und Dezember 2010 ausgestellten Juleicas nach Bundesländern (Angaben pro 100.000 der 15- bis unter 45-Jährigen) im Juleica-Report selber belegt. Danach liegt Hamburg auf Platz vier im Bundesländervergleich. Anmerkung der punktum-Redaktion]
- Die Juleica-Antragsteller/innen sind häufiger weiblich und fast zur Hälfte unter 20 Jahre alt. Mit zunehmendem Alter nimmt die Zahl der Antragsteller/innen für eine Juleica deutlich ab, ein leichter Anstieg ist erst wieder in der Lebensphase zwischen 40 und 50 Jahren zu erkennen.
- Der vorhandene oder angestrebte formale Bildungsabschluss ist ein wichtiger Faktor

für die Ausübung einer freiwilligen/ehrenamtlichen Tätigkeit. 60 % der Juleica-Inhaber/innen verfügen über einen höheren Bildungsabschluss oder streben diesen an. Nur 6,5 % haben einen Hauptschulabschluss und 23,6 % einen Realschulabschluss. Insgesamt gehen 43,5 % der Jugendleiter/innen noch zur Schule.



- Juleica-Inhaber/innen leben häufig noch bei ihren Eltern und haben Geschwister. Fast zwei Drittel der Juleica-Besitzer/innen haben ihren Lebensmittelpunkt noch bei den Eltern. Dies entspricht der Zahl der sich noch in Ausbildung befindlichen Personen. Fast 89 % der Jugendleiter/innen haben Geschwister. Diese Zahl liegt deutlich höher als der statistische Durchschnitt in Deutschland und kann ein Hinweis darauf sein, dass Erfahrungen aus größeren Familien zusammenhängen sich positiv auf die Bereitschaft auswirken, in der Jugendarbeit Verantwortung zu übernehmen.
- Jugendverbände nutzen die Juleica stärker als andere Trägerorganisationen. 80 % aller Antragsteller/innen kommen aus dem jugendverbandlichen Spektrum, davon etwa die Hälfte aus dem kirchlichen Umfeld einschließlich der konfessionellen Jugendverbände. Nur etwa 7 % der hier erfassten Jugendleiter/innen sind öffentlichen Trägern zuzuordnen. Dieser Befund korrespondiert mit den Ergebnissen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu den öffentlich geförderten Maßnahmen im Feld der Jugendarbeit. Immerhin über 80 % der erfassten Angebote wurden 2008 seitens der freien

Träger durchgeführt. Der Anteil der Jugendverbandsarbeit alleine lag – je nach Berechnungsart – bereits bei über 50 % bzw. 60 %.

- Die Juleica wird in erster Linie von freiwillig/ehrenamtlich tätigen Personen beantragt. 90 % der Juleica-Inhaber/innen sind als Freiwillige/Ehrenamtliche tätig, weniger als 3 % sind ausschließlich hauptberuflich beschäftigt.
- Juleica-Inhaber/innen engagieren sich überwiegend in gruppenbezogenen, pädagogischen Kontexten. Drei Viertel aller Jugendleiter/innen sind mit der Organisation und Durchführung von Freizeiten beschäftigt und fast 60 % zählen die pädagogische Betreuung und Anleitung einer Gruppe zu ihren Aufgaben.
- Die Jugendleiter/innen erbringen einen hohen Zeitaufwand für ihre Tätigkeiten. Etwa 38 % sind mehrmals pro Woche tätig, ca. 22 % einmal pro Woche und ca. 23 % mehrmals im Monat. Damit kann von einem hohen Zeitaufwand dieser Gruppe für ihre Tätigkeiten und somit einer starken Bindung an die Organisationen ausgegangen werden.
- Für mehr als die Hälfte der Juleica-Inhaber/innen ist der Besitz der Karte Voraussetzung ihrer Tätigkeit. Dieser Befund kann als Hinweis darauf gewertet werden, dass die Juleica bei den Trägern die Funktion eines Qualifikationsnachweises erfüllt und außerdem zur Legitimation der Jugendleiter/innen eingesetzt wird. In den neuen Bundesländern wird die Juleica überdurchschnittlich oft als Tätigkeitsvoraussetzung genannt, in den südlichen Bundesländern unterdurchschnittlich oft. Hier scheinen eher die damit verbundenen Vergünstigungen sowie die Anerkennung des Engagements eine größere Bedeutung zu haben.
- Etwa 20 % der Jugendleiter/innen stellen den Antrag auf eine Juleica zum wiederholten Mal. Die Gruppe der Wiederholungs-Antragsteller/innen unterscheidet sich von den Erst-Antragsteller/innen vor allem durch ihr höheres Alter und die Tätigkeitsbereiche. Personen, die die Juleica zum wiederholten Mal beantragen, sind stärker auf der Leitungsebene der Organisationen und in administrativen Bereichen engagiert, aber durchschnittlich seltener in Tätigkeiten mit direktem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen. Außerdem finden

sie sich häufiger unter den Engagierten mit hohem Zeitaufwand. Hinsichtlich anderer Merkmale lassen sich keine großen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen erkennen.

- 70 % aller Juleica-Inhaber/innen haben schon einmal mit der Karte verknüpfte Vergünstigungen in Anspruch genommen. So haben etwa 35 % der Jugendleiter/innen, die den Antrag auf eine Juleica zum wiederholten Mal stellen, vergünstigten Eintritt zu öffentlichen Veranstaltungen und Einrichtungen erhalten und 20 % haben Vergünstigungen im Zusammenhang mit dem Jugendherbergsausweis genutzt. Andere Formen der Anerkennung, wie kostengünstigeres Einkaufen in Geschäften, die Erstattung von Verdienstausfällen oder Vergünstigungen im öffentlichen Personenverkehr werden seltener in Anspruch genommen bzw. angeboten.
- Zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern bestehen hinsichtlich der Vergünstigungen große Unterschiede. In den westdeutschen Ländern haben über 70 % der Jugendleiter/innen bereits die Möglichkeit von Vergünstigungen genutzt; in den ostdeutschen Ländern sind dies nur knapp 35 %. Das könnte mit der Menge und der Art der örtlich angebotenen Vergünstigungen in den einzelnen Bundesländern in Verbindung stehen.
- Das online-gestützte Antragsverfahren wird von der Mehrzahl der Antragsteller/innen positiv bewertet. Etwa 11 % der Antragsteller/innen vergeben die Note »sehr gut«, ca. 43 % bewerten mit »gut« sowie ca. 27 % mit »befriedigend«. Ein wenig kritischer wird das Verfahren mit Blick auf die Auswahl des eigenen Trägers im Rahmen des Online-Verfahrens gesehen. Ein wichtiges Kriterium für eine positive Bewertung ist ein unkompliziertes und handhabbares Verfahren. Im Vergleich der Bundesländer zeigen sich nur geringe Unterschiede. Etwas kritischer als anderswo fallen lediglich die Bewertungen in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern aus.
- Den meisten Antragsteller/innen ist das Portal www.juleica.de bekannt. Etwa 17 % der Befragten kennen es allerdings nicht und haben nur die Antragsmaske benutzt. Die Bewertung der Internetseite hinsichtlich ihrer Inhalte und ihrer Gestaltung fällt überwiegend positiv aus.

Quelle: Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.), Schriftenreihe Nr. 51, Dr. Jens Pothmann und Erich Sass, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, Juleica-Report 2011, Lebenslagen und Engagement von Jugendleiterinnen u Jugendleitern, Berlin 2011

Download: www.ljr-hh.de/index.php?id=434

Serie: Die WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten, punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände und ihre WirkungsStätten. Alle bisherigen Reportagen finden sich unter: www.lir-hh.de/seriewirkungsstaetten.425.0.html

Alarm mit Lernfaktor

WirkungsStätten im Einsatz: Die Jugendfeuerwehr Nienstedten im Übungseinsatz

Von Marie-Charlott Goroncy, Hamburg

Regen in Rissen. Die schwarze Wolkendecke hat heute den Kampf gegen die Sonne gewonnen. Noch fallen nur ein paar Tropfen auf den grauen Asphalt des Schulhofs, Niemand stört sich daran. Es ist sechs Uhr abends - um diese Zeit betritt wohl keine Menschenseele freiwillig das Schulgelände. Doch die triste Ruhe wird gestört. Reifen guietschen und Motorenlärm hallt an den Wänden der großen Gebäude entlang. Sie kommen rot und laut um die Ecke gebogen: Die Löschfahrzeuge der Jugendfeuerwehren Nienstedten und Rissen.

Die Jugendfeuerwehr (JF) aus Nienstedten befindet sich heute gemeinsam mit ihren Rissener Mitstreitern im Einsatz. Im Übungseinsatz. Denn mit reiner Theorie werden keine Brände gelöscht, Menschen oder Katzen und Hunde gerettet. Die Theorie sitzt bei den Kindern und Jugendlichen. Und ob sie in der Praxis mit ihren erwachsenen Kollegen mithalten können, zeigt sich an diesem Abend. Um die Übung so realistisch wie möglich zu gestalten, hat Henrik Strate, der Einsatzleiter, ordentlich was aufgefahren: Die Genehmigung vom Rissener Gymnasium, zwei Löschfahrzeuge, Verletzte, Rauchmaschinen und eine große Horde kleiner Feuerwehrmänner und -frauen.

Die roten Riesen bremsen. Die Einheitsführer geben den Befehl zum Absitzen. Jugendliche in blauer Schutzkleidung springen aus den Mannschaftsräumen. Sie sind zielstrebig - jeder hat eine Aufgabe und weiß, was er zu tun hat. Der Einsatzleiter Henrik Strate ist schon vor Ort. Die vierzehnjährige Marisa, die Einheitsführerin der Nienstedtener, rennt zu ihm. Mit einem Funkgerät bewaffnet, trifft sie auf den Einheitsführer der Rissener Jugendfeuerwehr. Mit ihm muss sie heute gut zusammenarbeiten, die Gruppen koordinieren, ansonsten misslingt die Übung. In knappen Worten schildert Henrik die



Schaute zu und wertete die Übung aus: Jugendfeuerwehrwartin Marion Gretenkord

Lage. Der Einsatzbefehl: »Kellerbrand mit vermissten Personen. Personenzahl unbekannt.« Marisa läuft los und ruft Befehle. Für den Austausch von Freundlichkeiten ist nicht der richtige Zeitpunkt. Jetzt muss ihre Einheit funktionieren. An ihren Fersen klebt Georg. Der Kleinste der Nienstedtener, erst zehn Jahre alt und noch nicht lange dabei: Er fungiert als Melder, ist das Sprachrohr von Marisa und verbreitet ihre Anweisungen. An den Löschfahrzeugen sind schon alle Gerätefächer geöffnet, der Maschinist Tim steht am Heck des Wagens und hantiert an der Pumpe. Lauritz und Konstantin wuchten mit Tims Hilfe Schläuche aus ihren Verankerungen. Sie sind als Wassertrupp dafür verantwortlich, die Wasserversorgung herzustellen und aufrecht zu erhalten. Zunächst legen sie eine Verbindung vom Fahrzeug bis zum Verteiler. Alles muss schnell gehen. Der Tank enthält nur 1600 Liter Wasser. Die sind in kürzester Zeit verbraucht. Die Wasserversorgung darf nicht abbrechen, denn im Ernstfall bedeutet das Gefahr, Kontrollverlust und unnötiges Risiko. Der Hydrant ist unmittelbarer Nähe jetzt können auch die Schläuche von dort bis zum Wagen gelegt werden. Beinahe schon elegant schlängeln sich die weißen Wasserschläuche über den Schulhof. Am Verteiler übernimmt der Schlauchtrupp. Kurz entsteht Hektik. Die Schläuche sind ineinander verschlungen. Der Wasserfluss kann so nicht gewährleistet werden. Der Austausch zwischen Nienstedt und Rissen ist noch zaghaft. Doch auch ohne sich vorher kennengelernt zu haben, müssen sie jetzt gemeinsam agieren. Der Knoten ist in Windeseile gelöst und genügend Schlauch bis zum Kellereingang vorhanden. Über das gesamte Geschehen wacht Marion Gretenkord. Die Jugendfeuerwehrwartin der Nienstedtener Truppe hilft aber nicht. Die Kinder wüssten schon, was zu tun ist und müssten sich nun einmal auf sich selbst verlassen. Fragen werden erst im Anschluss beantwortet, um den Übungsfluss nicht zu stören. Da ist sie rigoros. Diese Taktik zeigt Wirkung: Das Tempo wird erhöht. Den Jugendlichen ist bewusst, dass es in ihrer Verantwortung liegt, mögliche Verletzte zu retten.

Der Lernfaktor ist hoch bei der Jugendfeuerwehr. Auch wenn sie nicht funktionieren wie andere Jugendverbände, erwerben die Mitglieder verbandsspezifische Kompetenzen. Die Gruppen unterliegen klaren hierarchischen Strukturen, die vor allem im Einsatz eingehalten werden müssen. Das heißt: Wenn der Einheitsführer Anweisungen gibt, werden diese befolgt. Ohne Wenn und Aber. Außerhalb der Übungen wollen Marion und Tim (stellvertretender Jugendfeuerwehrwart) jedoch vor allem demokratische Strukturen vermitteln. Die Kinder und Jugendlichen haben bei vielen Entscheidungen ein Mitbestimmungsrecht: Bei der Wahl ihrer Feuerwehrwarte, bei der Aufnahme neuer Kameraden oder der Mitgestaltung zukünftiger Aktionen - wenn sie diskussionsfähig sind und ihre Meinung begründen können, werden sie ernst genommen. Die pädagogische Anleitung der Gruppe obliegt zwar Marion und Tim, dennoch treten sie im kleinen Rahmen Verantwortung an ihre Schützlinge ab. Nach dem Tutorenprinzip helfen die Älteren den Kleineren. Dadurch entsteht automatisch Pflichtbewusstsein und ein gemeinsames Zusammengehörigkeitsgefühl. Gerade das Funktionieren der gesamten Gruppe und die Zuverlässigkeit des einzelnen innerhalb der Gruppe sind wichtig. Nicht nur während der Übungseinsätze soll der Gemeinsinn und soziales Verhalten gefördert werden: Ob Zusammenkunft in der Wache. Wettkämpfe auf Landes- und Bereichsebene, Einsatznächte, Übungswochenende oder auch gemeinsame Fußballturniere und Ausflüge, die nichts mit der Feuerwehr zu tun haben: Die Jugendfeuerwehr meistert Theorie und Praxis gemeinsam. Damit ist sie nicht nur ein Aus-



Die Jugendfeuerwehr Nienstedten vor der Einsatzübung

bildungslager für die Freiwillige Feuerwehr. Sie fördert vor allem das soziale Lernen nebenbei.

Die Rettung der Vermissten steht kurz bevor. Die Krankenstation ist bereits aufgebaut -Tragen, Decken und Erste-Hilfe-Koffer stehen parat. Inzwischen ist der Regen stärker geworden, der Boden aufgeweicht und Pfützen über das Schulgelände verteilt. Der Einsatztrupp dringt in den Keller der Schule vor. Nur eine schmale Luke bietet ihnen Zugang. Felix und Darius kämpfen sich auf Knien durch die verrauchten Gänge. Auch die Rissener haben ihre stärksten Jungs nach unten geschickt. Gemeinsam durchsuchen sie die Dunkelheit. Qualm quillt aus der Lukenöffnung. Über Funk kommunizieren sie mit Marisa und dem Schlauchtrupp. Noch haben sie die Verletzten nicht gefunden. Noch ist der Brandherd nicht lokalisiert. Noch sind die Löschrohre nicht im Gebäude. Da bricht der Funkkontakt ab. Die Betonmauern der Schule sind zu dick. Die Technik versagt. Die wartenden Helfer an der Luke rufen. Keine Antwort. Sie fangen an zu schreien - wollen wissen, ob alles o.k. ist. Marisa läuft nervös auf und ab, versucht alles im Blick zu behalten. Die Leute am Verteiler warten auf ein »Wasser marsch!«. Dann tauchen ätzende, dreckverschmierte Gestalten an der Öffnung auf. Die stöhnen und wuchten einen erschlafften Körper hoch. Marisa atmet aus, ist erleichtert. »Wir brauchen eine Trage!«, ruft sie in ihr Funkgerät.

Marisa ist schon seit dreieinhalb Jahren bei der Jugendfeuerwehr. Bei ihr in der Familie hat die Freiwillige Feuerwehr Tradition. Aber deshalb ist sie nicht dabei. Sie macht es freiwillig und weil es Spaß macht. So wie es anderen Freude bereitet, Tennis zu spielen oder zu reiten, ist die Jugendfeuerwehr ihr Hobby. Da geht nur die Schule vor. Denn die Jugendfeuerwehr ist zeitaufwendig und verlangt Engagement. Die wöchentlich zweistündige »Zusammenkunft« die Gruppenstunde - soll regelmäßig besucht werden. Hinzu kommen gerade in den warmen Monaten die vielen zusätzlichen Veranstaltungen, die hauptsächlich am Wochenende stattfinden. Wenn nicht gerade der neunzigste Geburtstag von Oma oder die eigene Konfirmation ansteht, müssen private Vorhaben oftmals verschoben werden. Marisa findet das in Ordnung. Und damit ist sie nicht allein: Der Rest der Gruppe stimmt ihr zu. Das ist für Außenstehende - vor allem Jugendliche in der gleichen Altersgruppe - oftmals nicht nachvollziehbar. Für die Nienstedtener JF'ler ist es selbstverständlich. Ihr Verantwortungsgefühl ist groß, und sie lassen ihre Truppe nicht hängen. Wenn nur fünf von neun benötigten Leuten zu einem Wettkampf kommen, weil der Rest noch im Bett liegt, scheitert das ganze Team. Auch Felix, 14 Jahre alt, steht zu seinem Hobby, obwohl er sagt, dass die Jugendfeuerwehr ein schlechtes Image hat: »Für andere sieht es aus, als würden wir nichts machen. Als würden wir nichts löschen und nichts lernen, weil wir nur mit der Theorie beschäftigt sind.« Aber er weiß auch woran das liegt: »Wir tragen zu wenige Informationen nach außen.« Die mangelhafte Informationsvermittlung produziert nicht nur ein schlechtes Image, sondern befördert auch Klischees - wie etwa: »Kleine Jungs spielen mit Feuerwehrautos.« Falsch! Die Jugendfeuerwehr ist bunt und aktionsreich. Der Mädchenanteil steigt stetig, Kinder mit Migrationshintergrund werden integriert und regelmäßig entstehen in Hamburg neue JFs. Die Nienstedter gehen modern voraus. Mit Marion



Angewandte Erste Hilfe

als weiblicher Feuerwehrwartin und Marisa, der Einsatzführerin. Die »Kleinen« der Freiwilligen Feuerwehr werden zwar nicht eingesetzt, wenn der Pieper einen Brand, eine vermisste Katze oder Überschwemmungen meldet. Aber mit 18 Jahren, wenn sie zu den Erwachsenen wechseln müssen, sind sie gut ausgebildete Feuerwehrmänner- und frauen. Mit Einsatzerfahrung dank der vielen Übungen. Und wenn dann die offizielle Grundausbildung zum Truppmann/zur Truppfrau ansteht, sind sie auch in der Lage, diese zu bewältigen.

Die Krankenstation ist mittlerweile gut gefüllt. Drei Verletzte konnten aus dem Keller gerettet werden. Die Erstversorgung ist voll in Gang. Jetzt hilft auch Marion. Die Ausbildung in der Ersten Hilfe ist zu wichtig, um dort Fehler unkommentiert zu lassen. Ein Junge liegt stumm auf einer Decke, ein anderer in der stabilen Seitenlage. An einem Dritten wird gerade eine Reanimation durchgeführt. Währenddessen wird im Keller der Brand gelöscht. Langsam zeichnet sich Erschöpfung auf den Gesichtern aller Beteiligten ab. Kein Wunder: Sie leisten Schwerstarbeit. Sie tragen die gleichen, schweren Schläuche wie die Erwachsenen, müssen dem Druck des Wassers standhalten und im Löschfahrzeug die gleichen Hebel bedienen. Plötzlich geben der Einsatzleiter und die Einheitsführer bekannt, dass die Übung abgeschlossen ist. Alle Feuer sind gelöscht, allen Geretteten geht es gut. Alle Beteiligten atmen auf. Der Abend ist jedoch noch immer nicht vorbei. Die gesamte Ausrüstung muss gereinigt und wieder verstaut werden. Während sie dreckig und durchnässt ihrer Pflicht nachkommen, wird die gesamte Aktion schon wild diskutiert. Noch fließt das Adrenalin durch die Adern. Sie wollten ihre Sache gut machen - erkennen aber selbst Fehler und würdigen gegenseitig gute Leistungen.

Lob und Tadel. Die Übung war realistisch: Zwei

fremde Feuerwehrgruppen treffen aufeinander und wissen noch nicht, was auf sie zukommt. Erst vor Ort erfahren sie, was genau geschehen ist. Unter hohem Leistungsdruck müssen sie zusammenarbeiten. Marisa, die Einheitsführerin, hat ihren Job gut gemacht, da sind sich alle einig. Trotzdem war die Kommunikation zwischen den Gruppen aus Nienstedten und Rissen schwierig. Die Funkgeräte versagten, und unter den Jugendlichen herrschte unnötige Zurückhaltung im Kontakt miteinander. »Es war alles sehr chaotisch«, gibt Basti zu. »Und gerade deshalb sollten wir öfter Übungen mit anderen Jugendfeuerwehren zusammen machen«, ergänzt Lauritz. Anton ist wütend, weil er auch nach Abschluss der Übung nicht in den Keller durfte. Aber wieder einmal sind Marion und Tim strikt: In diesem Einsatz hatte Anton andere Aufgaben, und die Schlamm überfluteten, engen Gänge des Kellers wären zu gefährlich. Auch wenn der Spaßfaktor in der Jugendfeuerwehr eine große Rolle spielt - die Sicherheit geht vor. Ein weiteres Problem in diesem Einsatz war die Gruppenstärke: Die Anzahl der Jugendfeuerwehrmitglieder, die mitgemacht haben. Mindestens neun Leute benötigt eine Gruppe, um alle Positionen besetzen zu können. Heute hat einer gefehlt. Tim, der stellvertretende Jugendfeuerwehrwart, musste einspringen und übernahm die Aufgaben des Maschinisten. Das ist eigentlich Bastis Position, der aber in den Schlauchtrupp wechseln musste. Bastis Ärger darüber kommt nur durch kurzes Grummeln zum Vorschein, denn er weiß:

Der Nienstedter Jugendfeuerwehr fehlen einfach Leute.

Das Nachwuchsproblem der Jugendfeuerwehr bereitet Marion Kopfzerbrechen. Die Airbus-Angestellte ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Nienstedten und seit 2007 die Verantwortliche für den Nachwuchs. Ihre Aufgaben sind allumfassend: Sie ist Aufpasserin, Pädagogin, Erzieherin, Lehrerin, Feuerwehrfrau und Organisatorin – und das neben ihrem herkömmlichen Zehnstundentag. Damit ist sie auch zuständig dafür, dass genügend junger Nachschub in die Jugendfeuerwehr eintritt. Aber das wird zunehmend schwerer. Die Gründe dafür lassen sich an einer Hand abzählen. Als größtes Problem sieht Marion die Verkürzung der Schulzeit an. Die Jugendlichen müssen ihr Abitur in zwölf Jahren bewältigen, werden mit mehr Lernstoff belastet und verbringen die Nachmittage in der Schule. Da bleibt nicht mehr Raum für die Freizeitgestaltung - für Vereinsoder Verbandsarbeit. Und um die wenige Freizeit, die die Jugendlichen haben, wird in Nienstedten gekämpft. Das Freizeitangebot ist groß, und die Jugendfeuerwehr muss sich gegen die Konkurrenz behaupten. Hinzu kommt, dass sich in naher Umgebung noch sieben weitere Jugendfeuerwehren befinden. Der fehlende Nachwuchs ist jedoch kein generelles Problem der Jugendfeuerwehr. Ganz im Gegenteil: Das Interesse in Hamburg ist groß und der Zulauf steigend. Trotz der aufgezeigten Schwierigkeiten. Der Mitgliedermangel der JF Nienstedten hat auch banale Ursachen. Viele langjährige JFler sind aus der Jugendgruppe herausgewachsen und in die Freiwillige Feuerwehr abgewandert. Gerade hat Nienstedten das Eintrittsdatum auf zehn Jahre heruntergesetzt, um Kinder schon frühzeitig für die Feuerwehr motivieren zu können. Georg ist das beste Beispiel dafür, dass auch die ganz Kleinen voll einsteigen können. In Zukunft werden sie versuchen, Felix Rat zu befolgen und mehr Informationen über die Jugendfeuerwehr nach außen tragen. Denn die Nienstedtener Jugendlichen sind eine gute Crew - eine Gemeinschaft, die sich beim Lernen hilft, gemeinsam entscheidet und zusammenhält, wenn es notwendig ist: Im Einsatz.

Infos

Jugendfeuerwehr Nienstedten

Georg Bonne Str. 32 | 22609 Hamburg www.feuerwehr-nienstedten.de/if.html Ansprechpartnerin: Marion Gretenkord 0171 - 229 49 21 | m.gretenkord@gmx.net Treffen: mittwochs 18 bis 20 Uhr (außer in den Schulferien)

Alternative Stadtrundfahrten

Hamburg im Nationalsozialismus – Verfolgung und Widerstand

Mit den Angeboten der Alternativen Stadtrundfahrten (Bustouren, Rundgänge und eine Stadterkundung) klären wir über Ideologie und Verbrechen des Nationalsozialismus auf, benennen Täterschaften und berichten vom Widerstand. Indem wir Wissen über die Geschichte vermitteln, wollen wir Denkanstöße geben und für aktuelle Probleme unserer Gesellschaft sensibilisieren. Geleitet werden die Touren durch freiwillige Mitarbeiter/innen, die durch den Landesjugendring Hamburg qualifiziert werden.

Zielgruppe unserer Angebote sind junge Menschen ab 14 Jahren. Die Alternativen Stadtrundfahrten richten sich an Jugendverbände, Gruppen außerschulischer Einrichtungen und Schulklassen aller Schulformen. Die Touren können nach Terminwunsch beim Landesjugendring gebucht werden.

Stadterkundung:

Alternative Stadterkundung Spurensuche rund um das Hamburger Rathaus

Stadtrundfahrten:

Abseits

Hamburger Fußball im Nationalsozialismus Alternative Hafenrundfahrt

Ein Angebot der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Christ und Nazi?

Hamburger Kirchen und Glaubensgemeinschaften im »Dritten Reich«

Gegen den Gleichschritt

Jugendopposition und -widerstand

Leben und Verfolgung jüdischer

Hamburger/innen

Einblicke in eine großenteils vernichtete Kultur

Medizin und Euthanasie

Eine unheilige Allianz im Nationalsozialismus

»Stationen der Vernichtung«

KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Gedenkstätte am Bullenhuser Damm Swing-Jugend in Hamburg Eine Subkultur im Nationalsozialismus

Stadtrundgänge:

Alternativer Uni-Rundgang

Verfolgung und Widerstand von Lehrenden und Studierenden

Harburg im Nationalsozialismus Ein Stadtteilrundgang

Hamburger Theater im »Dritten Reich«

Zwischen Staatskunst und Widerstand

»Homosexuelles Treiben«

Die Verfolgung von Hamburger Lesben und Schwulen im Nationalsozialismus

Jüdisches Leben am Grindel

Auf den Spuren von Vergangenheit und Gegenwart

NS-Menschenversuche

Die Gedenkstätte für die Kinder vom

Bullenhuser Damm

Verfolgung und Widerstand Ein Rundgang in der Hamburger Innenstadt Wilhelmsburg im Nationalsozialismus

Ein Stadtteilrundgang

Eine Stadtrundfahrt mit Bus (bis 40 Personen) kostet:

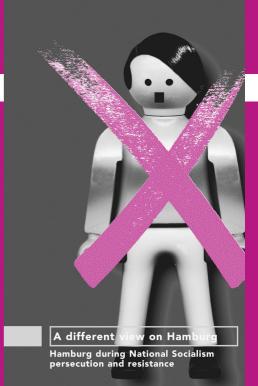
- für Hamburger Schulklassen 160,10 €*
- für Hamburger Jugendverbände 140,10 €*
- für alle andere Gruppen 367,00 €

Stadtrundgänge und die Stadterkundung kosten:

- für alle Gruppen (bis 25 Personen) 67 €.
- * Die Alternativen Stadtrundfahrten werden durch die Freie und Hansestadt gefördert. Für Hamburger Schulen und Hamburger Jugendverbände ergeben sich dadurch vergünstigte Preise.

Alternative Stadtrundfahrten

Hamburg im Nationalsozialismus Verfolgung und Widerstand



Anmeldungen an:

Landesjugendring Hamburg
Güntherstrasse 34 | 22087 Hamburg
Tel.: (040) 317 96 114
Fax: (040) 317 96 180
www.ljr-hh.de
www.alternative-stadtrundfahrten.de
info@ljr-hh.de

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.



Nehr Offsetdruck Media

Antonie-Möbis-Weg 3 • 22523 Hamburg Telefon 040 / 57 19 73-0 • Telefax 040 / 571 09 62